

Liebe Freiburgerinnen und Freiburger,

„oh, wie ist es schön, wenn Weihnachten ist! Ich wünschte nur, dass ein wenig öfter Weihnachten wäre.“ Das sagte einmal die kleine Lisa aus Bullerbü – in einer der wunderbaren Geschichten von Astrid Lindgren. Wer möchte da widersprechen? Weihnachten, das ist Feiern im Kreis der Familie, im Kreis von Freundinnen und Freunden, ein Moment der Wärme, ein Moment des Glücks.

Gleichzeitig ist Weihnachten aber auch ein Fest, an dem wir an Menschen denken, denen es vielleicht gerade nicht so gut geht – denn auch das ist Weihnachten: ein Fest der Nächstenliebe, ein Fest der Solidarität.

Dabei kommen mir gleich zwei unserer Partnerstädte in den Sinn: Lviv und Tel Aviv. Für all unsere Freundinnen und Freunde dort – und überall sonst auf der Welt – wünsche ich mir, dass sie in Frieden leben dürfen. Besonders freue ich mich über die große Solidarität der Freiburgerinnen und Freiburger – wahre Freundschaft beweist sich eben besonders in schwierigen Zeiten.

Natürlich sind die Zeiten auch in Deutschland herausfordernd. Wir erleben zahlreiche Krisen in den letzten Jahren, das macht vielen Sorgen. Und Sorgen sind leider ein guter Nährboden für Antidemokratie und Rechtsextremismus. Umso mehr müssen die demokratischen Parteien Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit finden. Gleichzeitig ist aber auch jede und jeder Einzelne von uns in der Verantwortung, verfassungsfeindliche und rechtsextremistische Kräfte und Parteien abzulehnen. Unser Grundgesetz wird im kommenden Jahr 75 Jahre alt – ein schönes Jubiläum, das aber auch Auftrag ist, nie zu vergessen, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist und von uns immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss. Soziale Gerechtigkeit ist und bleibt ein sehr wichtiges Thema. Wichtig sind zum Beispiel gerechte Einkommen, Chancengerechtigkeit und bezahlbarer Wohnraum. Auch wenn es ein Kampf David gegen Goliath ist, versuchen wir beim Thema Wohnen als Stadt Freiburg unser Möglichstes – drei Beispiele:

1) Auf dem Gelände der alten ECA-Siedlung in Haslach hat die Freiburger Stadtbau über 300 neue bezahlbare Mietwohnungen fertiggestellt: Über 80 Prozent dieser Wohnungen sind öffentlich gefördert, und die Wohnfläche konnte im Vergleich zu vorher verdreifacht werden.

2) Vor wenigen Tagen haben wir den Spatenstich für Kleinescholz gefeiert – das Gebiet soll zu 100 Prozent durch gemeinwohlorientierte Akteurinnen und Akteure entwickelt werden.

3) Auch in Dietenbach, unserem neuen Stadtteil für etwa 16000 Menschen, geht es voran: Dort sollen ebenfalls zahlreiche bezahlbare Wohnungen entstehen.

Und bei all diesen Bauvorhaben spielt außerdem der Klimaschutz eine wichtige Rolle: Durch innovative Konzepte, durch Photovoltaikanlagen, Holzbauweise oder Fernwärmeversorgung.

Gerade bei der klimafreundlichen Wärmeversorgung konnten wir vor Kurzem einen wichtigen Schritt feiern: Die Abwärme eines großen Unternehmens, die vorher ungenutzt blieb, wird nun in das Fernwärmenetz eingespeist. Und darüber hinaus planen wir eine ambitionierte Photovoltaik- und Windkraftoffensive: Bis zum Jahr 2030 wollen wir zehnmal mehr Energie aus Windkraft und fünfmal mehr Solarenergie erzeugen.

„Oh, wie ist es schön, wenn Weihnachten ist!“ – nun ist es fast soweit, Weihnachten steht vor der Tür. Liebe Freiburgerinnen und Freiburger, für die bevorstehenden Festtage wünsche ich Ihnen viele schöne und erholsame Stunden! Und bleiben Sie auch im neuen Jahr solidarisch, engagiert und zuversichtlich. Alles Gute!

Ihr Oberbürgermeister Martin Horn

Spatenstich für Kleineschholz

OB Horn: „Schwimmen bundesweit komplett gegen den Strom“

Vorgezogene Bescherung: Am vorigen Freitag fand im Stühlinger unter großer Beteiligung von Gemeinderat, Verwaltung und Bauinteressierten der erste Spatenstich für das Quartier Kleineschholz statt. Anderthalb Wochen zuvor hatte der Gemeinderat den Bebauungsplan und das innovative Vermarktungskonzept für das Quartier beschlossen.

Im Gemeinderat wie beim Spatenstich machte Oberbürgermeister Martin Horn deutlich, dass die Entscheidung für Kleineschholz angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen „mutig, aber auch ein Wagnis“ sei. Während andernorts Projekte gestrichen oder verschoben werden, rollen in Freiburg die Bagger. „Wir schwimmen bundesweit komplett gegen den Strom.“

Einzug bis Weihnachten 2027

Die Erschließungsarbeiten werden bis Ende 2025 dauern, erläuterte Baubürgermeister Martin Haag. Das Garten- und Tiefbaum erstellt für rund zehn Millionen Euro Straßen, Wege und alles Weitere, was außer Häusern zu einem Wohnviertel gehört. Parallel dazu läuft das zweistufige Vergabeverfahren der Grundstücke. Bei der Auswahl kommt erstmals in Freiburg kein starres Punkteraster zur Abwendung, sondern jedes Projekt wird individuell bewertet. Bis zum Frühjahr sollen die Ausschreibungsunterlagen veröffentlicht werden, für den März ist dazu eine große Informationsveranstaltung geplant. „Ende 2024 soll klar sein, wer wo baut“, so Haag. Er hofft, dass Weihnachten 2027 die ersten Bewohner einziehen.

Klar ist: Zum Zug kommen nur gemeinwohlorientierte Projekte, die nicht eine möglichst hohe Rendite, sondern die langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum zum Ziel haben. Die Hälfte des entstehenden Mietwohnraums wird sozial gefördert sein – an dieser vom Gemeinderat festgelegten Quote gibt es keine Abstriche. Anders sieht es bei den Grundstücken aus: Statt der nach wie vor präferierten Vergabe im Erbbaurecht ist jetzt auch der Kauf der Grundstücke möglich. Im Gegenzug erhält die Stadt aber ein erbaurechtsähnliches Wiederkaufsrecht. „Den Menschen ist am Ende egal, wem die Grundstücke gehören, auf denen sie wohnen“, sagte dazu im Gemeinderat Julia Söhne von der SPD/Kulturliste.

Zustimmung im Rat

So groß die Freude beim Spatenstich war, so einig waren sich auch die Mitglieder des Gemeinderats. Mit lediglich einer Gegenstimme (AfD) beschlossen sie den Bebauungsplan und das Vermarktungskonzept. „Ein soziales und ökologisches Vorzeigequartier“ nannte es Maria Viethen von den Grünen. „Alle Segel richtig gesetzt“ sah Anne Reyers von Eine Stadt für alle.

Carolin Jenkner (CDU) freute sich über die Flexibilisierung beim Erbbau, und Simon Waldenspuhl (Jupi) sah im Vergabekonzept „Pionierarbeit für die Stadt“. Zustimmung, aber auch Zweifel äußerte Christoph Glück (FDP/BfF): „Das schönste Konzept bringt wenig, wenn es hinterher nicht nachgefragt wird.“

Mehrwert für den Stühlinger

Im Quartier Kleineschholz sollen rund 500 Wohnungen entstehen. Ende 2025 könnte der Bau der ersten Häuser beginnen. Neben einem innovativen Mobilitätskonzept, das nur noch eine sehr geringe Zahl von privaten Stellplätzen vorsieht – 0,3 pro Wohnung – zeichnet sich Kleineschholz auch dadurch aus, dass es mit der Erweiterung und Umgestaltung des Eschholzparkes einen Mehrwert für den ganzen Stadtteil bietet.

Unterm Strich also sehr viele sehr gute Gründe für sehr viel Vorfreude auf ein Quartier, das es so in Freiburg bislang nicht gegeben hat. Das Schlusswort gebührt hier Sabine Recker, der städtischen Projektleiterin für das Quartier Kleineschholz: „Wir sind stolz, dass wir diesen Zeiten trotzen. Mit dem Beginn der Erschließungsarbeiten wird jetzt alles sichtbar – und das fühlt sich sehr gut an.“

Auch künftig gilt: Aperol statt Auto

Neue Richtlinien für Freisitzflächen und Aktionen im Straßenraum in der Innenstadt

Der Gemeinderat hat neue Sondernutzungsrichtlinien für die Innenstadt beschlossen. Bereits während der Corona-pandemie hatte die Stadt für Gastronomie und Einzelhandel Ausnahmen zugelassen: etwa Freisitzflächen auf Parkplätzen oder Verkaufsaktionen im Straßenraum. Das soll auch künftig möglich sein.

Ende März 2024 wären die Sondernutzungserlaubnisse ausgelaufen – dem kam die Verwaltung zuvor und hat neue Richtlinien vorgelegt. Sie sollen Akteurinnen und Akteuren in der Innenstadt Freiräume geben, um den öffentlichen Raum möglichst vielfältig und flexibel zu nutzen. Dauerhaft übernommen wurden etwa die temporären Regelungen für Freisitzflächen und die Aktionen im Straßenraum.

Auf dem Münster-, Rathaus- und Augustinerplatz sowie auf dem Kartoffelmarkt und Unterlinden werden Beschränkungen für die Außengastronomie gelockert, allerdings muss ein Abstand zu Brunnen und Kunstwerken gewahrt werden, um eine nicht kommerzielle Nutzung der Plätze weiterhin zu ermöglichen. Auf dem Münsterplatz werden auch künftig Veranstaltungen mit überregionalem Charakter wie die Münsterplatzkonzerte ermöglicht.

Gleichzeitig sind in den Richtlinien Kriterien für die Barrierefreiheit enthalten. Auf Querungsstellen mit abgesenktem Bordstein oder auf Blindenleitsystemen dürfen weder Tische mit Stühlen stehen noch Aktionen stattfinden.

„Sondernutzungsrichtlinien sind ziemlich dröge“, sagte Grünen-Stadtrat Tim Simms abschließend. „Aber sie sind auch das zentrale Element, um die Balance zu wahren zwischen der Nutzbarkeit des Raums für alle und den Erfordernissen von Handel und Gastronomie.“ Der Gemeinderat stimmte den neuen Richtlinien einstimmig zu.

In eigener Sache

Amtsblatt macht Pause

„Dahinter steckt immer ein kluger Kopf“ – mit diesem Slogan wirbt die Frankfurter Allgemeine Zeitung seit mehr als 60 Jahren. Und was für die FAZ gilt, gilt selbstverständlich auch fürs Amtsblatt. In diesem Fall ist der kluge Kopf dahinter unsere ehemalige Volontärin Barbara Meyer, die aus alter Verbundenheit ihr Amtsblatt sogar mit in den Himalaya genommen hat. Wo auch immer Sie in der Weihnachtspause unterwegs sind, liebe Leserinnen und Leser, ob am Mount Everest (wie hinten in der Bildmitte) oder eher am heimischen Feldberg, Schauinsland, Belchen oder Blauen: Die Amtsblatt-Redaktion wünscht Ihnen fröhliche und geruhsame Feiertage und einen guten Start in ein hoffentlich friedlicheres 2024. Auch wir nutzen die ruhige Zeit zwischen den Jahren, um unsere Akkus aufzuladen. Nach Dreikönig starten wir dann voller Energie und berichten wieder alle 14 Tage davon, was sich im Rathaus so zuträgt. Die nächste Ausgabe liegt – vom „Sonntag“ umhüllt – am 20. Januar in Ihren Briefkästen. Bis dahin bleiben Sie gesund und uns gewogen. Und wenn Sie auf Reisen gehen: Vergessen Sie nicht, eine gute Lektüre einzupacken...

Auf und zu zwischen den Jahren

Änderungen bei Öffnungszeiten, Müllabfuhr und im Nahverkehr

In der Woche zwischen den Jahren haben viele Bedienstete der Stadt frei. Einige Dienststellen sind daher nur eingeschränkt, manche gar nicht zu erreichen. Auch die Müllabfuhr und die Fahrpläne der VAG verschieben sich teilweise.

Grundsätzlich gilt: An den Feiertagen selbst haben alle Ämter geschlossen. Manche Ämter bleiben bis Dienstag, 2. Januar, zu, so zum Beispiel das Standesamt und Forstamt. Sicherheitshalber sollte man aber vor jedem Ämtergang kurz telefonisch prüfen, ob auch jemand erreichbar ist – die Kontaktdaten der wichtigsten Ämter finden sich auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Verschiebungen beim Müll

Die Weihnachtsfeiertage bringen in diesem Jahr Änderungen bei der Müllabfuhr mit sich, die man auf dem Schirm haben sollte: Die Leerungen von Montag werden auf den Samstag, 23. Dezember, vorgezogen. Alle anderen Abfuhrtermine von Dienstag bis Freitag verschieben sich in der Weihnachtswoche auf den jeweiligen Folgetag. In der Neujahrswoche verschiebt sich die Müllabfuhr ab Montag, 1. Januar, bis einschließlich Donnerstag, 4. Januar, jeweils auf den Folgetag. Die drei städtischen Recyclinghöfe und das Umschlag- und Verwertungszentrum Eichelbuck bleiben am 25. und 26. Dezember sowie am Neujahrstag geschlossen.

VAG im Sondertakt

Bei der VAG gilt an Heiligabend auf allen Linien ein angepasster Sonntagsfahrplan, wobei die Stadtbahnlinien bis 19 Uhr im 15-Minuten-Takt und ab 19 Uhr alle 30 Minuten fahren. An Silvester gilt bis 15 Uhr der Samstagsfahrplan. Danach verkehren die Stadtbahnlinien im 15-Minuten-Takt. Um 23.30 Uhr ist die letzte Möglichkeit, mit der Stadtbahn aus der Innenstadt zu fahren. Im neuen Jahr starten die Stadtbahnen an den Endhaltestellen gegen 0.20 Uhr und enden bis 4.30 Uhr aufgrund der Reinigung der Innenstadt jeweils an den Haltestellen Stadttheater, Erbprinzenstraße, Europaplatz, Holzmarkt und Schwabentorplatz.

Kultur und Badespaß

Wer zwischen den Jahren statt dem Amt oder der Mülldeponie lieber den Freiburger Bädern, Museen oder der Stadtbibliothek einen Besuch abstatten möchte – das soll ja durchaus vorkommen –, erfährt zu deren Öffnungszeiten rund um die Festtage Genaueres auf Seite 9.

Drei Fragen an ...

Saad Bajwa

von der Ahmadiyya-Gemeinde Freiburg

Am 1. Januar 2024 treffen sich die Mitglieder der Freiburger Ahmadiyya Muslim Jamaat-Gemeinde morgens wieder auf dem Schlossberg. Sie beginnen das neue Jahr mit einer Putzaktion, zu der sie interessierte Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen.

1 Seit neun Jahren räumen Sie an Neujahr Flaschen und Böller weg – warum?

Unser Neujahrspatz ist mehr als nur eine Aufräumaktion. Er ist Ausdruck unserer tiefen Verbundenheit und Loyalität zu Deutschland, unserer Wahlheimat. Diese Aktion symbolisiert unser Engagement für die Gemeinschaft und für die Umwelt. Durch unser Handeln wollen wir ein positives, friedliches und verantwortungsbewusstes Bild des Islams vermitteln und gleichzeitig Sauberkeit und Ordnung in unserer Stadt fördern.

2 Wie läuft die Putzaktion genau ab?

Wir treffen uns am 1. Januar in den frühen Morgenstunden. Der Tag beginnt mit dem freiwilligen Tahajjud-Gebet, in dem wir für ein segensreiches Jahr für alle Menschen und für den Weltfrieden beten. Nach einem gemeinsamen Frühstück beseitigen wir, ausgestattet mit Besen, Greifzangen, Eimern und Müllsäcken, systematisch die Überreste der Silvesternacht. Die Aktion ist ein Beispiel für „Waqar-e-Amal“, die ehrenvolle Arbeit, und wird in Kooperation mit den örtlichen Behörden im Rahmen von „Freiburg packt an“ und „Augen auf Freiburg“ durchgeführt.

3 Und wie ist die Resonanz?

Sie ist durchweg positiv. Die Anwohner zeigen großen Respekt und Wertschätzung für unsere Bemühungen. Oft bekommen wir Gebäck und Schokolade von dankbaren Bürgern. Die Aktion stärkt nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb unserer Gemeinde, sondern fördert auch das Verständnis und die Akzeptanz zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen. Über die Jahre haben wir festgestellt, dass unsere Bemühungen zu einem Bewusstsein für Umweltschutz beitragen.

Treffpunkt: So, 1.1.2024, 8.30 Uhr, Kanonenplatz. Anmeldung per E-Mail (freiburg@ahmadiyya.de) oder unter Tel. 0176 70265295.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Starke Innenstadt für alle

In der letzten Gemeinderatssitzung ging es um die Sondernutzungsrichtlinien, also wie die Nutzung der Plätze, Straßen und Gehwege in der Innenstadt geregelt wird. Zum Beispiel: Wo ist Außengastronomie möglich und wo nicht? Dabei gilt es, unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen: zum Beispiel Warenauslagen vor Geschäften zu ermöglichen, aber auch für Menschen mit Behinderungen die Innenstadt begehbar zu halten.

Wir haben zahlreiche Verbesserungen für mehr Barrierefreiheit und in anderen Punkten durchgesetzt. So haben wir beschlossen, dass auch künftig bis zu drei Parkplätze für Außengastronomie im Sommer nutzbar sind – die Verwaltung wollte dies auf nur einen Parkplatz beschränken. Ebenfalls durchgesetzt haben wir, dass in Quartieren zeitlich beschränkte Aktionen der anliegenden Geschäfte und Gastronomiebetriebe künftig möglich sind. „Mit unserem interfraktionellen Änderungsantrag haben wir zahlreiche Anregungen aus Handel, Gastronomie, Bürgerschaft und dem Behindertenbeirat aufgegriffen. Wir Grüne wollen eine starke Innenstadt für alle“, so Stadtrat Timothy Simms. „Ich freue mich auch, dass hier parteiübergreifend eine gute Lösung gefunden wurde. Das zeigt, dass große Teile des Freiburger Gemeinderats in der Sache gut zusammenarbeiten.“

Zweites Fachgespräch „Arbeit und Migration“

Am Freitag, 12. Januar 2024, möchten wir mit dem zweiten Fachgespräch „Arbeit und Migration“ ins neue Jahr starten. In unserem Follow-up Fachgespräch sind die Bundestagsabgeordnete Chantal Kopf und die Landtagsabgeordnete Daniela Evers zu Gast, die im bewährten Fishbowl-Format mit Vertreter*innen der Stadtgesellschaft diskutieren. Der Fachkräftemangel ist in nahezu allen Bereichen spürbar und stellt uns vor große Herausforderungen. Um diesem entgegenzuwirken, liegt der Fokus auch auf der Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Gleichzeitig ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für Migrant*innen in Deutschland weiterhin schwierig, trotz Gesetzesänderungen der Bundesregierung zur Fachkräfteeinwanderung. Alle Vertreter*innen und Interessierten sind herzlich zu einer gemeinsamen Diskussion eingeladen. Eine Kinderbetreuung ist nach Anmeldung möglich.

Anmeldungen zur Teilnahme bitte bis 9. Januar 2024 an fraktion@gruene-freiburg.de oder unter Tel. 0761-70 13 23

Mehr Tempo in der Wohnungslosenhilfe

In diesem Jahr ist sowohl die Anzahl wohnungsloser Menschen als auch die Anzahl von Postersatzadressen so stark gestiegen, dass sogar im Sommer die Wohnungsnotfallhilfe an ihre Grenzen kam. „200 zusätzliche Plätze werden in der Notfallhilfe benötigt. Inzwischen sind wir im Winter bei lebensbedrohlichen Zuständen angelangt, weil alle Plätze in der Notunterkunft überbelegt sind“, so Stadträtin Pia Maria Federer. Schon 2017 hat der Gemeinderat für 200 Kleinstwohnungen für Obdachlose gekämpft. Passiert ist seitdem nichts. „Das wollen wir so nicht mehr hinnehmen“, so Federer. Mit zwei Anträgen drängt unter anderem die Grünen-Fraktion auf mehr Tempo beim Bau der Kleinstwohnungen.

Auch Sie können helfen, zum Beispiel mit einer Weihnachtsspende. Wenn Sie im Winter vor allem Wärme schenken wollen, unterstützen Sie eine der Tagesstätten und -aufenthalte oder den Kältebus. Der QR-Code führt zu einer Amtsblatt-Sonderbeilage mit einer aktuellen Übersicht über alle Angebote in Freiburg.

Eine Stadt für alle

Unsere Bilanz 2023 – ein kleiner Rückblick

Die Fraktionsgemeinschaft Eine Stadt für alle ist mit 7 von 48 Gemeinderät:innen im Gemeinderat vertreten. Sie setzt sich zusammen aus der Linken Liste (Gregor Mohlberg, Annemarie Reyers, Günter Rausch), der Grünen Alternative (Lina Wiemer-Cialowicz, Felix Beuter, Emriye Gül) und den Unabhängigen Frauen (Irene Vogel).

Zentral für unsere Fraktion sind sozial- und mietenpolitische Themen, Ökologie und Klimaschutz und die Gleichstellung der Geschlechter. Obwohl wir über keine sicheren Mehrheiten im Gemeinderat verfügen und bei sozialen Themen oft alleine stehen, haben wir in der Rückschau auf das Jahr 2023 einiges erreichen können und klar Position bezogen für mehr Solidarität und gegen immer weiter steigende Gebühren und Lebenshaltungskosten für die Bürger:innen.

Erfolgreich waren wir u. a. mit diesen Forderungen: Verbesserter Freiburg-Pass mit sozialen Vergünstigungen – jetzt auch für Empfänger:innen von Wohngeld /// ÖPNV-Sozialticket für 29 Euro als Deutschlandticket /// Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle beim Jobcenter /// Rücknahme von Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich /// Umfassende Schutzkonzepte gegen Gewalt an Frauen* und Kindern /// Konzept für ein queeres Jugendzentrum /// Tägliche Öffnung der Toiletten am Stühlinger Kirchplatz /// Erstellung eines sozio-kulturellen Gesamtkonzepts „Stühlinger Kirchplatz“ /// Ausbau der Fuß- und Radwege sowie des Radnetzes in die Ortschaften /// Mehr Car-Sharing-Angebote in den Ortschaften /// Mehr Barrierefreiheit im Colombipark und am Opfinger See /// Günstiger Sozialtarif im Eugen-Keidel-Bad und Einführung eines Feierabendtarifs in den Freiburger Schwimmbädern im Jahr 2024.

Klar abgelehnt haben wir: Erhöhung der Kitagebühren /// Erhöhung der Abfallgebühren /// Erhöhung der Schwimmbadpreise /// eine zu umfangreiche Waldrodung im neuen Stadtteil Dietenbach /// den städtischen Haushalt ohne eine Erhöhung der Gewerbesteuer /// aktuelle Mieterhöhungen bei der Freiburger Stadtbau /// eine Stadttunnelplanung ohne Alternativen „für ein Leben vor dem Tunnel“.

Alle unsere Positionen, Anträge und Initiativen finden sich auch unter: www.eine-stadt-fuer-alle.de

Herzlicher Neujahrsgruß

Unsere Fraktionsgemeinschaft wünscht allen Freiburger:innen schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr, auf dass es hoffentlich wieder friedlicher und weniger belastend wird. Auch im Kommunalwahljahr 2024 werden wir uns wieder für Ihre Themen einsetzen. Gehen Sie wählen und nutzen Sie Ihre Stimmen!

SPD/Kulturliste

Summer in the City

Wo früher Autos standen, gibt es seit Corona in der Freiburger Innenstadt und den angrenzenden Quartieren zahlreiche gastronomische Freisitzflächen. Und diese haben sich für die Gastronomie und einen Großteil der Bevölkerung bewährt: Sie trugen dazu bei, die Verluste während Corona abzufedern, und hielten in der schwierigen Zeit danach den Umsatz stabil. Gleichzeitig konnten sich sowohl Freiburger:innen als auch Touristen in einem besonderen Ambiente bewirten lassen. Wo viel Licht, da auch Schatten: Vereinzelt klagten Anwohner:innen über zunehmenden Lärm, und auch hinsichtlich der Barrierefreiheit gab es Bedenken.

Barrierefreiheit und Gastronomie gestärkt

Am vergangenen Dienstag entschied nun der Gemeinderat über die künftigen Rahmenbedingungen der Außengastronomie. Aus Sicht der SPD/Kulturliste musste der Verwaltungsvorschlag sowohl im Bereich der Barrierefreiheit als auch an entscheidender Stelle bei der Außenbewirtung nachgebessert werden. „Rollstuhlfahrer:innen oder Kinderwagen müssen problemlos herumstehende Tische und Stühle passieren können“, fordert Karin Seebacher, Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung – der dieses Jahr sein 15-jähriges Bestehen feiert –, und ergänzt: „Mit der nun beschlossenen Mindestgehwegbreite wird das möglich sein.“ Gleichzeitig mussten die im Vorfeld geäußerten Sorgen der Gastronomie, nur noch eingeschränkt bewirten zu dürfen, mit den Grundsätzen der Barrierefreiheit in Einklang gebracht werden: „Offensichtlich hätte der Verwaltungsvorschlag erhebliche Umsatzeinbußen für die Gastronomie bedeutet – und das nicht zugunsten der Menschen, sondern von mehr Parkraum. Das wollten wir nicht. Glücklicherweise einigte sich der Gemeinderat am Ende darauf, bis zu drei Parkplätze plus eine Außensitzfläche auf dem Gehweg zu ermöglichen, sofern die Breite des Gehwegs es zulässt“, freut sich Ludwig Striet, und fügt hinzu, dass neben der Stärkung der Gastronomie auch konsumfreie Räume von besonderer Bedeutung für den öffentlich Raum seien: „Wir haben daher im Zuge der Sondernutzungen beantragt, auch ein Konzept für nichtkommerzielle Flächen zu erarbeiten.“

Die SPD/Kulturliste wünscht frohe Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2024.

Ein großer Schritt fürs neue Baugebiet

Für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geht nun die Vermarktung der Grundstücke im neuen Quartier Kleineschholz an den Start. Bereits im Vorfeld haben viele der interessierten Akteure signalisiert, dass sich durch die aktuelle Wirtschaftslage, die gestiegenen Bau- und Energiekosten und die veränderte Förderkulisse hohe zusätzliche Kosten beim Erstellen von Wohnungen ergeben. Auch die bisherigen Grundsätze der Baupolitik in Freiburg, wie die Quote von 50 Prozent sozial gefördertem Mietwohnungsbau und dem Stopp von Grundstückverkäufen, steigerten in der aktuellen Zeit die Kosten in der Art, dass Projekte unfinanzierbar wurden.

Dr. Carolin Jenkner (Fraktionsvorsitzende): „Die Stadt musste reagieren, und wir sind dankbar, dass sie dem Gemeinderat gute Lösungen vorgelegt hat, die den aktuellen Realitäten gerecht werden.“ Das vorgelegte Vermarktungskonzept erlaubt nun Abweichungen von der starren Erbpachtregelung. Bauinteressenten können nun auch Grundstücke im Eigentum erwerben. Die Interpretation von gefördertem Wohnraum wird zudem weiter gefasst. Nach dem gelungenen Spatenstich hoffen wir nun, zügig neuen Wohnraum realisieren zu können. Unser gemeinsamer Antrag mit FDP/BfF, alle Bauwilligen, die bereit sind, die Konzepte innerhalb der von der Stadt geforderten Rahmenbedingungen vorzulegen, zu berücksichtigen – unabhängig des doch recht schwammig definierten Begriffs der Gemeinwohlorientierung –, fand leider keine Mehrheit. Dr. Carolin Jenkner: „Wir hoffen, dass es durch die sehr eng gewählte Gruppe an möglichen Bewerbern nicht zu weiteren zeitlichen Verzögerungen kommen wird. Außerdem hoffen wir, dass die Verwaltung im Falle einer schleppenden Vermarktung zügig wieder auf den Gemeinderat zukommt.“

Frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr

Die CDU-Stadtratsfraktion wünscht Ihnen allen eine frohe Weihnachtszeit und für das kommende Jahr Gesundheit sowie viel Glück und Erfolg bei allen Vorhaben.

Jupi

Inklusion an Kitas fest verankert

In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir beschlossen, dass in einem Modellversuch in verschiedenen Kitas Heilpädagog*innen fest angestellt werden. Dafür haben wir erfolgreich in den Haushaltsverhandlungen 280 000 Euro beantragt. Bislang musste eine Inklusionsbegleitung für jeden Einzelfall mühsam beantragt werden. Insbesondere Kinder, bei denen noch keine klare Diagnose vorliegt, fallen dabei durchs Raster. Dass die Inklusionsbegleitung nun strukturell in einigen Kitas verankert wird, stellt einen großen Fortschritt für die Inklusion dar. So sind die Heilpädagog*innen fester Bestandteil multiprofessioneller Teams in Kitas. Sie haben damit nicht nur Einzelfälle im Blick, sondern können auf jedes Kind eingehen, unabhängig ob es eine diagnostizierte Behinderung hat oder nicht. Statt wechselnden Einzelfallhilfen in einer Gruppe, können die Heilpädagog*innen gut in die Kita integriert werden, es entsteht Planungssicherheit, und es gibt keine dauernden Wechsel von Bezugspersonen. Trotzdem bleibt zusätzliche Einzelfallhilfe möglich, um auch weiterhin auf individuelle Bedarfe einzugehen.

Bislang ist diese Form der strukturellen Inklusion noch ein Versuchsmodell. Wenn sich der Versuch etabliert, ist eine Ausweitung auf alle Kitas wünschenswert. Auch auf Schulen ist das Modell gut übertragbar. Inklusionsbegleitung wäre dann nicht mehr der „Sonderfall“, sondern fest verankert und für alle Kinder gleichermaßen da. Dies wäre ein weiterer Schritt hin zu echter Inklusion, bei dem Kinder mit und ohne Behinderung selbstverständlich gemeinsam betreut und beschult werden. Leider ist dies aktuell noch ein bisschen eine Utopie, doch Stück für Stück kommen wir dem Ziel näher.

Die JUPI-Fraktion wünscht schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

FDP/Bürger für Freiburg

Frohes Fest und guten Rutsch!

Für die Fraktionen endet das Jahr mit einer Erneuerung: Die Intendanz des Freiburger Stadttheaters ist neu zu besetzen. Derzeit werden die Gespräche geführt, Ende Januar entscheidet der Rat. Die künstlerische Marschrichtung des Theaters in den kommenden Jahren und mit welcher Strategie die Institution Stadttheater künftig etwas mehr auf eigenen Beinen stehen will: Die Besetzung wird für das Theater zur Richtungsentscheidung. Wichtig ist: die Gewinnung neuer interessierter Menschen für unser Theater. Mindestens ebenso wichtig ist auch, dass das Theater zu den Menschen kommt, sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen. Die Voraussetzungen für die Zukunft des Theaters sind gut: Im vergangenen Sommer hat Freiburg von der Ampel-Regierung Fördermittel für die überfällige Sanierung des Kleinen Hauses und des Altbaus erhalten.

Der Jahreswechsel bietet auch Zeit für einen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre. Wir sind stolz auf unseren Einsatz für die Freiburger Wirtschaft: für den Handel und die Gastronomie in der Innenstadt und die Attraktivität unserer Stadt als Standort für innovative Unternehmen aus der Region. Wir sind froh, dass wir mehr Pragmatismus in die Mobilitätswende bringen konnten, ob durch den erfolgreichen Einsatz gegen die überzogenen Anwohnerparkgebühren oder durch eine gezielte Förderung des Rad- und Fußverkehrs, der nicht zulasten des Handwerks, der Pflege oder des Lieferverkehrs geht und die Erreichbarkeit der Innenstadt sicherstellt. Wir freuen uns, dass es bei der Modernisierung und Digitalisierung unserer Schulen vorangeht, auch wenn es hier noch viel zu tun gibt. Und unsere Arbeit für den Sport hat eine neue Eishalle auf die Agenda gebracht und den Stellenwert des Breitensports in der Stadt gestärkt.

Wir freuen uns darauf, uns auch im kommenden Jahr für die Freiburgerinnen und Freiburger einzusetzen. Bis dahin wünschen wir allen ein frohes Fest und einen guten und gesunden Rutsch ins neue Jahr!

Freie Wähler

Ein herzliches Dankeschön!

Das vergangene Jahr war geprägt von Herausforderungen und Veränderungen in der globalen politischen Landschaft: Der noch immer andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Terrorangriff der Hamas auf Israel, die schrecklichen Klimakatastrophen sowie Inflation verängstigen und verunsichern die Menschen weltweit und auch hier in Freiburg. Unsere Fraktion versucht auf kommunaler Ebene, für eine gerechte und nachhaltige Politik zu sorgen, in dem wir Verantwortung für die Gesamtgesellschaft, aber auch für die kommende Generation dieser Stadt übernehmen. Hierfür bekommen wir viel Zuspruch, wofür wir uns an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen bedanken möchten.

Mit Ihrer Unterstützung wollen und werden wir uns auch weiterhin meinungsstark für das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger Freiburgs engagieren. Denn auch das kommende Jahr hält viele herausfordernde Aufgaben für die Stadt bereit: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Belebung der Innenstadt, Nachhaltigkeits- und Klimastrategien etc.

Für all dies gilt es Kraft zu tanken. Und so wünschen wir Ihnen sowie Ihren Familien ein erholsames Weihnachtsfest, einen guten Start ins neue Jahr, Gesundheit und Zuversicht.

AfD

Frohe Weihnacht!

Die Stadträte Dr. Detlef Huber und Karl Schwarz wünschen allen Freiburgern eine besinnliche Weihnacht und entspannte Stunden im Kreise der Familie. Nehmen Sie sich Zeit, um Kraft zu sammeln für das neue Jahr. Es könnte schwierig werden. Halten Sie sich – soweit möglich – fern von den Krisen unserer Zeit, von Politik und künstlicher Aufregung. Lesen Sie lieber Gedichte, zum Beispiel etwas von Theodor Fontane (1819 bis 1898), der zu Weihnachten wie folgt reimte:

Noch einmal ein Weihnachtsfest, Immer kleiner wird der Rest, Aber nehm ich so die Summe,
Alles Grade, Alles Krumme, Alles Falsche, Alles Rechte, Alles Gute, Alles Schlechte – Rechnet sich
aus all dem Braus Doch ein richtig Leben heraus. Und dies können ist das Beste, Wohl bei die-
sem Weihnachtsfeste!

Freiburg Lebenswert

bedankt sich für alle Unterstützung und Ihr Vertrauen und wünscht Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein erfolgreiches, hoffentlich friedvolleres Jahr 2024!

Bleiben Sie gesund!

Gemeinderat vom 12. Dezember 2023 in Kürze

Neubauten für Sinti-Siedlung

Schon seit Längerem möchte die Stadt Mietwohnungen am Lindenwäldle und Ahornweg durch neue, energieeffiziente Häuser ersetzen. Die Bewohner des Ahornwegs, überwiegend Sinti, hatten aber Bedenken, ob die Mieten wegen des Neubaus langfristig bezahlbar bleiben. Nach zahlreichen Gesprächen zwischen dem Sinti-Verein, der Stadt und der Stadtbau, der Quartiersarbeit sowie dem Bürgerverein Weingarten gibt es nun eine Lösung: Eine Kooperationsvereinbarung sichert den Bewohnerinnen und Bewohnern bezahlbare Mieten in den Neubauten mit langfristiger Bindung und Hilfe bei Umzügen zu. Zudem werden sie in die Planung der Grundrisse für die Neubauten miteinbezogen. Das nahm der Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis.

Drei Monate ohne Fraktionsbeiträge

Seit 1988 gibt die Stadt Freiburg ein Amtsblatt heraus. Von Beginn an hatten darin die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen einen festen Platz, um über ihre Arbeit zu berichten. Seit 2015 sind diese Fraktionsbeiträge sogar von der baden-württembergischen Gemeindeordnung vorgeschrieben. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass in einer Karenzzeit vor Wahlen für einen Zeitraum „von höchstens sechs Monaten“ keine Fraktionsbeiträge erscheinen dürfen. Genauer hatte es der Gesetzgeber damals leider nicht geregelt. Der Freiburger Gemeinderat hatte auf Vorschlag der Verwaltung damals eine Frist von sechs Wochen für ausreichend erachtet. Nach Auffassung des Innenministeriums sollten es aber besser drei Monate sein. Das entsprechend angepasste Amtsblatt-Redaktionsstatut hat der Gemeinderat neben einigen redaktionellen Veränderungen jetzt einstimmig und ohne Aussprache beschlossen.

Bebauungsplan „Hinter den Gärten“

Mit nur einer Gegenstimme (FL) und ohne weitere Aussprache hat der Gemeinderat den Bebauungsplan „Hinter den Gärten“ in Tiengen beschlossen. Damit endet eine lange Vorgeschichte für die 6,2 Hektar große Fläche; diese war bereits im 2006 beschlossenen Flächennutzungsplan enthalten. Rund 350 Wohneinheiten, davon 100 geförderte, sollen Raum für etwa 800 Menschen bieten. Dank der überwiegend drei- bis viergeschossigen Bauweise besticht das neue Quartier am südwestlichen Ortsrand durch seinen hohen Grünanteil. Das große Baugebiet schafft nicht nur den stadtweit dringend benötigten Wohnraum, sondern wird auch dafür sorgen, dass die Versorgungsinfrastruktur in der Ortschaft besser ausgelastet wird.

Bruno Gramich verabschiedet

Nach 30 Jahren in städtischen Diensten hat OB Martin Horn den langjährigen Leiter des Amts für Liegenschaften und Wohnungswesen (ALW), Bruno Gramich, in den Ruhestand verabschiedet. Der 1960 in der Eifel geborene Bankkaufmann und Jurist scheidet zum Ende des Jahres aus dem aktiven Dienst aus. Horn würdigte Gramich als „freundlich, klug und zugewandt“. Neben dem Fokus auf der aktiven Liegenschaftspolitik, wie aktuell beim Quartier Kleineschholz, hat das ALW auch in Gramichs dortiger Dienstzeit markante städtische Liegenschaften denkmalgerecht saniert, beispielsweise das E-Werk oder zuletzt die Stube in St. Georgen. In seiner Zeit im Rechtsamt hat er ebenfalls bei vielen Projekten maßgeblich mitgewirkt. So war er als Leiter der städtischen Projektgruppe ÖPNV für die Gründung der heute als ZRF und RVF bekannten regionalen Verkehrsverbundstruktur mitverantwortlich. Auch bei der Umwandlung der Stadtwerke zur heutigen Badenova und der Neuorganisation der Abfallwirtschaft war er intensiv beteiligt. In seiner sehr nachdenklich stimmenden Erwidernung dankte Gramich für das Lob, befasste sich mit dem Verhältnis von Politik und Verwaltung und bekräftigte die Notwendigkeit, sich vor Ort für Toleranz und die Demokratie einzusetzen.

Stadionverordnung hat sich bewährt

Zwei Jahre nach der Eröffnung des neuen Stadions am Wolfswinkel hat die Verwaltung jetzt eine Auswertung der damals beschlossenen Stadionverordnung vorgelegt. Die Rückmeldungen von Stadtverwaltung, Sportclub, der Polizei und der Universität sind überwiegend positiv. Lediglich seitens der Fangruppierungen wird beklagt, dass das Zaunbesteigen anders als in anderen Stadien in Freiburg stark sanktioniert würde, vor allem im Gästebereich. Das soll sich jetzt ändern. Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung, eine Regelung vorzulegen, die „fantypisches Verhalten wie das Besteigen der Zäune zur Anbringung von Zaunfahnen oder zur Choreografie von Fangesängen explizit toleriert“. Bis dahin, so der mit Mehrheit angenommene interfraktionelle Antrag, solle auf Bußgeldbescheide verzichtet werden. Einigkeit bestand auch darin, den Wolfsbuck aus der Stadionverordnung künftig auszunehmen, da er vor und nach den Spielen für die Besuchenden quasi keine Rolle spielt. Eine entsprechende Änderung der Stadionverordnung wird die Verwaltung jetzt ausarbeiten und dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegen.

Bebauungsplan für die Immentalstraße

Ohne Diskussion und einstimmig hat der Gemeinderat beschlossen, einen Bebauungsplan „Südlich Immentalstraße“ in

Herdern aufzustellen. Gleichzeitig hat er eine Veränderungssperre für das Gebiet erlassen, die es ermöglicht, Bauanträge abzulehnen oder zurückzustellen. Ziel des Stadtplanungsamts ist es, die grüne Hangzone entlang des öffentlichen Fußwegs nicht zuletzt auch aus klimatischen Gründen weiterhin freizuhalten und Baufenster vorzugeben, die zu einer maßvollen, gut in die Landschaft integrierten Bebauung führen.

Bebauungsplan für den früheren OBI

Mit nur einer Gegenstimme hat der Gemeinderat die Offenlage des Bebauungsplans „Eckbereich Basler Landstraße/Am Mettweg“ in St. Georgen beschlossen. Anstelle des seit Jahren leer stehenden OBI-Baumarkts sollen ein neuer Gebäudekomplex mit gewerblicher Nutzung im Erdgeschoss sowie fünf Wohngeschossen entstehen. Der Investor plant Wohnungen in unterschiedlichen Größen für verschiedene Zielgruppen wie ältere Menschen, Studierende, Familien und Paare. Insgesamt sind rund 160 bis 180 Wohneinheiten vorgesehen. Da im bestehenden Bebauungsplan keine Wohnnutzung zulässig ist, ist ein Bebauungsplanverfahren notwendig, das sich auf das konkret geplante Vorhaben bezieht. Das bedeutet auch, dass das Vorhaben innerhalb von fünf Jahren nach Baufreigabe fertiggestellt werden muss. Das Stadtplanungsamt bewertet die Planungen positiv, da durch das Öffnen des bislang geschlossenen Baukörpers zur Basler Landstraße ein großzügiger öffentlicher Bereich im Eingangsbereich des Vorhabens an der Basler Landstraße entsteht. Zusammen mit dem Nutzungskonzept erfahren der Standort und das Wohnumfeld eine städtebauliche Aufwertung. Außerdem wird dringend benötigter Wohnraum geschaffen. Der Satzungsbeschluss soll Ende 2024 erfolgen.

Neue Kita in Munzingen

Im gesamten Planungsraum Tuniberg fehlen Kitaplätze, und durch das Baugebiet Rossbächle entsteht in Munzingen noch ein zusätzlicher Bedarf. Außerdem gibt es in Munzingen bisher auch kein bedarfsgerechtes Angebot an Räumlichkeiten für Jugendliche. Um das zu ändern und genug Kitaplätze anbieten zu können, sollen nun auf einem städtischen Grundstück beim Bolzplatz am nordwestlichen Ortsrand Munzingens eine Kindertageseinrichtung und ein Jugendzentrum entstehen. Der Gemeinderat stimmt dem Vorhaben des Neubaus einstimmig zu und beauftragt die Stadt, eine Entwurfsplanung sowie Kostenaufstellung für eine viergruppige Kindertageseinrichtung und ein Jugendzentrum zu erstellen. Die endgültige Genehmigung des Bauvorhabens steht noch aus.

Ein neues Logo für die Stadt

Seit 2003 tritt die Stadt Freiburg mit einem „einheitlichen Erscheinungsbild“ in die Öffentlichkeit. Auf Flyern, Plakaten, Amtsschreiben, Dienstfahrzeugen oder Bauschildern prangt seither die Wort-Bild-Marke der Stadt. Einheitliche Gestaltungsvorschriften waren damit aber nur wenige verbunden, sodass es heute eine Vielfalt an Designs, Farben, Gestaltungsrastern und Formaten gibt – und für die Bürgerschaft die Stadt nicht immer auf Anhieb als Urheber zu erkennen ist. Das soll sich jetzt mit dem Projekt „Marke und Corporate Design“ ändern. Im Kern steht das bereits von der FWTM bekannte runde Freiburg-Logo, aus dem jetzt ein für die Gesamtverwaltung taugliches „Corporate Design“ entwickelt werden soll. Der Gemeinderat hat den aktuellen Stand des Projekts jetzt ohne längere Aussprache zur Kenntnis genommen und der Weiterentwicklung des Logos mit großer Mehrheit zugestimmt. CDU und Freie Wähler bemängelten angesichts der Aufgabenfülle eine falsche Prioritätensetzung und lehnten die Vorlage ab.

Markus Skiba neuer AMI-Leiter

Der Gemeinderat hat Markus Skiba zum neuen Leiter des Amts für Migration und Integration gewählt. Er wird die Stelle im Frühjahr 2024 antreten. Der 54-jährige Diplom-Verwaltungswirt leitete in den vergangenen 13 Jahren das Sozialamt des Landkreises Emmendingen. Die Themen Migration und Integration sind ihm bestens vertraut: Bis Mitte 2016 war Skiba als Amtsleiter auch für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung Geflüchteter im Landkreis Emmendingen verantwortlich und baute die dafür notwendige Infrastruktur auf.

Zur Zukunft der Stadthalle

Unter „Bekanntgaben und Aktuelles“ bat Stadtrat Atai Keller (SPD/Kulturliste) um Auskunft zum aktuellen Sachstand bei der Stadthalle, die seit einem Jahr wegen Einsturzgefahr gesperrt ist. Bürgermeister Martin Haag teilte mit, dass der Zustand des Gebäudes und speziell der Dachkonstruktion eine sehr sorgfältige Prüfung erfordern. „Diese Untersuchungen laufen noch.“ Parallel sei die Stadtverwaltung mit Interessenten im Gespräch, die die Halle sanieren wollen. Im ersten Halbjahr 2024 sei eine ausführliche Information des Gemeinderats geplant.

Sonderpädagogik in neuen Händen

Künftig ist die Stadt alleinige Trägerin der beiden Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (SBBZ GEnt) in Freiburg. Dem stimmte der Gemeinderat mehrheitlich zu. Zuvor waren die Richard-Mittermaier-Schule und die Schule Günterstal in gemeinsamer Trägerschaft der Stadt Freiburg und des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald. Da die Schülerzahlen seit Jahren steigen und die vorhandenen Gebäude nicht mehr ausreichen, plant der Landkreis, ein weiteres SBBZ GEnt in Breisach, Nieder- oder Oberrimsingen zu bauen. Durch den Neubau ist dann ein Teil des aktuellen Schulbezirks der bisherigen SBBZ abgedeckt.

Perspektiven für das Eisstadion

Zur Kenntnis genommen hat der Gemeinderat den Stand in Sachen Eisstadion. Die Gespräche zwischen Stadt und EHC laufen. Nach wie vor ist das Ziel, bis Ende kommenden Jahres ein Konzept und eine Vereinbarung über Bau und Betrieb eines neuen Stadions zu erarbeiten. Geprüft wird nun auch eine Variante, in der die neue Halle privatwirtschaftlich gebaut werden würde. Gleichzeitig geht die provisorische Ertüchtigung der bisherigen Halle weiter. Ziel ist, die Echte-Helden-Arena bis mindestens 2029 weiterverwenden zu können. Dazu gehört auch der Einbau einer „beweglichen“ Bande, die spätestens ab der Saison 2025/26 gebraucht wird. Die Kosten hierfür liegen bei schätzungsweise 850 000 Euro. Die Bande könnte in den Neubau mitgenommen werden.

Ombudsleute fürs Jobcenter

Im März hatte der Gemeinderat die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für das Jobcenter beschlossen und die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzepts beauftragt. Das liegt jetzt vor. Einstimmig hat der Gemeinderat für diese Tätigkeit die ehrenamtliche Sozialrichterin und Verdi-Erwerbslosenberaterin Ute Aschendorf sowie den pensionierten Diplom-Sozialarbeiter Franz Welsch berufen. Sie sollen zwischen Ratsuchenden und dem Jobcenter vermitteln und beispielsweise Bescheide erläutern oder auf Wunsch bei Terminen im Jobcenter begleiten. Die beiden Ombudsleute arbeiten unparteiisch und weisungsungebunden und sind auf drei Jahre berufen. Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit erhalten sie eine Aufwandsentschädigung von 200 Euro pro Monat. Die Ombudsstelle wird im Freiburger Zentrum für Engagement am Schwabentorring 2 eingerichtet und nimmt ihren Betrieb zum 1. März auf.

Fördermittel aufgestockt

Für die vier aktuell laufenden städtebaulichen Sanierungsverfahren Sulzburger Straße, Knopfhäusle-Siedlung, Breisacher Hof und Betzenhausen-Bischofslinde hat der Gemeinderat einstimmig und ohne Aussprache die Anträge auf Aufstockung der Fördermittel genehmigt. 60 Prozent der Kosten werden von Bund und Land getragen, 40 Prozent kommen als Eigenanteil von der Stadt. Konkret sind das für die genannten vier Projekte sowie das bereits ausfinanzierte Projekt Haslach-Südost insgesamt rund 31 Millionen Euro städtischer Eigenanteil und 46,6 Millionen Euro Landes- und Bundeszuschuss bei einem Gesamtvolumen von 77,6 Millionen Euro.

Ohne Umweg von Hochdorf zur A5

Die Verwaltung hat den Gemeinderat über den Sachstand zum Anschluss der Bebelstraße an den Autobahnzubringer Nord (B 294) informiert. Der Anschluss soll fertig sein, bevor in Hochdorf die Arbeiten für das dritte und vierte Gleis der Rheintalbahn beginnen. Denn dann wird die Durchfahrtshöhe einer Bahnunterführung reduziert – diese wird aber von vielen Lkw genutzt, um vom Industriegebiet Hochdorf über die Bebelstraße zur Autobahn zu kommen. In Hochdorf befürchtet man, dass diese Laster und auch der Baustellenverkehr dann durch die Ortschaft fahren. Im dafür angerufenen Vermittlungsausschuss hat die Stadt zugesagt, dass der Autobahnanschluss noch vor Beginn der Gleisarbeiten kommt und sie die Kosten im Notfall übernehmen würde. Allerdings, betonte Baubürgermeister Martin Haag, sehe man dafür auch die Bahn in der Verantwortung, Gespräche dazu laufen. „Ich finde es toll, dass Sie in Vorleistung gehen“, lobte Günter Rausch von Eine Stadt für alle. Gerlinde Schrempp von den Freien Wählern hingegen bemängelte, die Stadt habe sich viel zu lange Zeit gelassen – der Autobahnanschluss sei schließlich eine Verpflichtung aus den Eingemeindungsverträgen der 1970er-Jahre. Ende 2024 will die Verwaltung einen Vorschlag mit dem weiteren Vorgehen in die gemeinderätlichen Gremien einbringen.

„Einen Plan B gibt es einfach nicht“

Emotionale Debatte im Gemeinderat zum Stadttunnel

Ob dereinst der Stadttunnel gebaut wird, liegt nicht in den Händen der Stadt. Die ist nur zuständig für die Gestaltung der Oberfläche – und hat jetzt erstmals im Detail präsentiert, wie es an der Dreisam nach dem Tunnelbau aussehen könnte. Die Informationsvorlage nahm der Gemeinderat zum Anlass für eine sehr grundsätzliche Diskussion.

Ein grüner Dreisamboulevard, nur noch eine Fahrspur je Fahrtrichtung und viel Platz für die Menschen, die zu Fuß oder per Rad unterwegs sind – so könnte es künftig dort aussehen, wo sich heute noch täglich Zehntausende Fahrzeuge auf der B 31 durch Freiburg quälen (wir berichteten). Bei der gemeinderätlichen Aussprache ging es aber weniger um die Gestaltungsmöglichkeiten an der Oberfläche, sondern eher um die Sinnhaftigkeit des Vorhabens.

Simon Sumbert von den Grünen konzentrierte sich in seinem Redebeitrag auf die von der Verwaltung vorgestellte Vision zur Oberflächengestaltung. Diese sei „total erstrebenswert“, da sie zeige, „wie eine Verkehrsberuhigung und Aufwertung des öffentlichen Raums rund um die Dreisam gelingen kann, wenn der Stadttunnel kommt“. Gift für die politische Debatte sei es aber, wenn mit gefälschten Schreiben (wir berichteten ebenfalls) Stimmung gemacht werde.

„Was ist die Alternative?“

Stefan Schillinger (SPD/Kult) zeigte sich begeistert über die Chancen für die Stadtentwicklung („Super!“), ließ aber ebenfalls keinen Zweifel daran, dass es ohne Stadttunnel nicht gehe. Dieser sei „die einzige Chance für eine nachhaltige Verbesserung“. CDU-Stadtrat Bernhard Rotzinger sah „wunderbare Chancen für die Stadtraumgestaltung“. An die Kritiker des Projekts gerichtet fragte er: „Was ist die Alternative?“ – und gab die ernüchternde Antwort gleich selbst: „Der Status quo.“ Einen anderen Aspekt brachte Gerlinde Schrempp (FW) in die Debatte. Schon heute stünden Rettungskräfte oft im Stau, der Tunnel sei daher unumgänglich.

„Wer Straßen sät...“

Eine ganz andere Meinung vertrat Emre Gül von Eine Stadt für alle. „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“, sagte sie, folglich sei der Tunnel keine Lösung. Es brauche eine „überregionale und integrierte Verkehrsplanung, die nicht an Stadtgrenzen endet“. Für eine „wirkliche Verkehrswende“ forderte sie unter anderem ein Verbot des Lkw-Durchgangsverkehrs sowie einen besser funktionierenden ÖPNV in der Region.

Wolf-Dieter Winkler (FL) sprach sich ebenfalls vehement gegen den Stadttunnel aus, den er als „völlig aus der Zeit gefallene Lösung aus den 1970er-Jahren“ bezeichnete. Der Verwaltung wünschte er den Mut der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo, die drastische Beschränkungen für den Autoverkehr in der französischen Hauptstadt eingeführt habe. Beispielsweise könne man probeweise eine Fahrspur der B 31 sperren.

„Wo soll der Verkehr hin?“

In einer emotionalen Gegenrede nannte Baubürgermeister Haag solche Ideen „abenteuerlich“. Auch er empfahl den Blick in andere Städte. In Paris oder Wien gebe es viele Tunnel, die an der Oberfläche Freiräume geschaffen hätten. Und wer eine überregionale Lösung wolle, dürfe nicht Freiburg für den Durchgangsverkehr sperren, denn: „Wo soll der Verkehr hin?“ Auch das Verfassen einer weiteren Resolution, wie es sich Stadtrat Keller gewünscht hatte, mache keinen Sinn. „Wer den Tunnel nicht will, der akzeptiert, dass es so bleibt, wie es ist.“ Den Vorwurf, dass die Stadtverwaltung nicht alle Alternativen geprüft habe, wies er energisch zurück: „Wir sind nicht zu doof, einen Plan B umzusetzen, den es einfach nicht gibt.“ Eine Abstimmung zu dem Thema gab es nicht, da es sich lediglich um eine Informationsvorlage handelte.

Parkgebühren steigen wie geplant

Gemeinderat stimmt der turnusmäßigen Erhöhung um zehn Prozent zu

Nach einer lebhaften Debatte hat sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen, die Parkgebühren im kommenden Jahr turnusmäßig anzuheben. Dann kostet eine Stunde an Parkautomaten und Parkuhren in der Innenstadt 3,80 statt 3,50 Euro. Hintergrund ist ein Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2019, nachdem die Parkgebühren alle zwei Jahre um zehn Prozent erhöht werden sollen.

Neben der Innenstadt gehören auch Teile von Neuburg, der Wiehre und des Stühlinger zur Zone I. Die übrigen Teile von Neuburg, der Wiehre und dem Stühlinger sowie Herdern und Teilen der Oberau gehören zur Zone II, wo eine Stunde Parken künftig 3,20 statt 2,90 Euro kostet. In Zone III, also im übrigen Stadtgebiet, sind es 1,60 statt bislang 1,40 Euro. Auch die Pauschalgebühren für 24 Stunden steigen: in Zone II von 15 auf 16 Euro und in Zone III von 7,50 auf 8 Euro.

Verkehrspolitisch richtig

Die Debatte, die dem Beschluss vorausging, war kontrovers – längst nicht alle Fraktionen und Gruppierungen waren mit der turnusmäßigen Erhöhung einverstanden. „Wir hingegen stehen zum Beschluss“, eröffnete Grünen-Stadträtin Annabelle von Kalkreuth die Diskussion und begründete, warum: Zum einen werde durch die Inflation alles teurer, also sollten auch die Parkgebühren angepasst werden. Zum anderen gebe es Parkhäuser, in denen das Parken mindestens einen Euro billiger sei. Darüber hinaus setzten niedrige Parkgebühren verkehrspolitisch die falschen Anreize: „Der Klimamobilitätsplan setzt darauf, dass mehr Menschen mit dem Rad oder dem ÖPNV in die Stadt kommen und weniger mit dem Auto. Seltsamerweise bleibt der Aufschrei bei Preissteigerungen beim ÖPNV aus“, so von Kalkreuth.

„Das falsche Signal“

Ganz anders die Sicht der SPD/Kulturliste: „In Zeiten, in denen die Innenstadt kränkelt und Menschen unter der Inflation leiden, halten wir die Erhöhung für das falsche Signal“, sagte Stadtrat Stefan Schillinger. Höhere VAG- oder Kita-Preise ließen sich mit gestiegenen Personalkosten begründen. „Das aber sind rein politische Gebühren.“ Bernhard Rotzinger von der CDU befürchtete, dass die hohen Gebühren Besucher der Stadt verärgern und abschrecken könnten. Immer mehr Menschen würden für ihren Einkauf in kleinere Städte der Umgebung wie Kirchzarten oder Emmendingen ausweichen. „Wir wollen aber die Autofahrer nicht vergrämen, wir haben gerne Besucher.“

Autofahrer als „Melkkühe“

FDP/BfF-Stadtrat Sascha Fiek erinnerte daran, dass man die Gebühren zwar habe erhöhen wollen, aber gleichzeitig die Akteure in der Innenstadt stärken. Das sei nicht erfolgt. Darüber hinaus seien die Gebühren für Autofahrende eine massive Belastung. „Wir geben ihnen das Gefühl, dass sie als Melkkühe, nicht aber als Besucher willkommen sind“, so Fiek. Gerlinde Schrempp von den Freien Wählern sprach von einer „Bestrafung der Autofahrer“ und verwies auf die kostenlosen oder viel günstigeren Parkmöglichkeiten in Umlandgemeinden. „Die Fraktionen sollten sich mehr Gedanken über die Sorgen der Einzelhändler machen“, empfahl sie, und brachte die „sich dramatisch häufenden Leerstände“ in der Innenstadt in die Debatte ein.

„Mit Gebühren steuern“

Das wollte Gregor Mohlberg von Eine Stadt für alle so nicht stehenlassen. „Auch Kleinstädte leiden unter dem Innenstadterben“, sagte er. „Klar wollen wir mit den Gebühren steuern, aber sie sind nicht der Grund, warum Läden leer stehen.“ Bürgermeister Martin Haag sah das ähnlich. Die Stadt habe in diesem Jahr 4,1 Millionen Euro an Parkgebühren eingenommen – das seien 600 000 Euro mehr als ursprünglich angenommen, sagte er in seinem abschließenden Statement. „Die Leute haben die Gebühren alle bezahlt. Ich glaube nicht, dass wir dadurch Kunden verlieren.“ Gleichzeitig betonte er, dass die Stadt die Sorgen der Händler sehr wohl ernst nehme.

Mit Spannung wurde danach die Abstimmung erwartet: 21 Stadträtinnen und -räte stimmten für die Erhöhung der Parkgebühren, 17 dagegen. In Kraft treten die neuen Tarife zum 1. April 2024.

„Nicht mehr, sondern weniger zu wenig“

Gemeinderat diskutiert zweiten Finanzbericht

Bei der aktuellen Haushaltslage gibt es eine Entwicklung, aber zwei Lesarten. Unstrittig ist, dass durch Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer rund 20 Millionen Euro mehr in die Kasse fließen als erwartet. Darüber, wie man dieses Geld verwenden sollte, gab es bei der gemein-derätlichen Aussprache unterschiedliche Meinungen.

Der von der Verwaltung vorgelegte Finanzbericht weist eine zweite „Einnahmequelle“ aus, die in Wirklichkeit aber eine große Leerstelle ist: Stadtweit sind aktuell 230 Vollzeitstellen unbesetzt. Das entlastet zwar das Personalkostenbudget um einen zweistelligen Betrag (neun Millionen Euro zusätzlich zu den bereits eingeplanten sieben Millionen Euro „globaler Minderaufwand“), ist aber natürlich trotzdem keine sinnvolle und wünschenswerte Einsparung.

Zur Einführung in die Debatte sagte Oberbürgermeister Martin Horn, dass das Haushaltsjahr 2023 „spürbar besser verlaufen“ sei als angenommen. Dennoch, so ergänzte Finanzbürgermeister Stefan Breiter, „schwimmen wir nicht in Geld“. Richtig müsse es heißen: „Wir haben nicht mehr, sondern weniger zu wenig.“ Die Mehreinnahmen dienten zur Verringerung der Kreditaufnahme und verschafften „etwas Luft für Investitionen in kommenden Haushaltsjahren“.

Haushalt „mit Augenmaß“

Unterstützung erhielt er dabei von den Grünen. Stadtrat Jonathan Ben-Shlomo verwies darauf, dass die Stadt immer noch neue Schulden mache. Eine „Haushaltspolitik mit Augenmaß“ sei daher sinnvoll. So sah es auch Stefan Schillinger (SPD/Kulturliste): „Die Spielräume brauchen wir für die Zukunft.“

„Keine neuen Spielräume“

Auch Carolin Jenkner (CDU) sprach sich für eine Haushaltspolitik mit „Maß und Mitte“ aus; die offenen Personalstellen bezeichnete sie als „wahnsinnige Herausforderung“. Den Blick auf die Risiken der Zinsentwicklung lenkte Sascha Fiek (FDP/BfF): „Jedes Prozent Zinsen kostet 20 Millionen Euro.“ Seine Schlussfolgerung: „Wir haben nicht genügend Geld und auch keine neuen Spielräume geschaffen.“

Stabilität in Gefahr

Eine andere Sichtweise auf die Haushaltslage präsentierte Gregor Mohlberg (Eine Stadt für alle), der seinen Beitrag mit einem Zitat von Karl Valentin einleitete: „Wenn alle das Gleiche denken, wird zu wenig gedacht.“ Die aus seiner Sicht wenig überraschende Haushaltsverbesserung hätte man mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer nochmals verdoppeln und damit auf „Kita- und Bäderpreiserhöhungen verzichten können“. Seine Fraktion sorgte sich „um die Stabilität der Gesellschaft“ und: „Falsch gespart kommt am Ende richtig teuer.“

Eine Abstimmung gab es nicht, da es sich lediglich um eine Informationsvorlage der Verwaltung handelte.

Kurz gemeldet

Kartäuserstraße bis Februar dicht

Nach dem Felsabgang in der Kartäuserstraße Anfang Dezember laufen aktuell die Arbeiten für die Bergsicherung. Die Bau-firma wird voraussichtlich noch in diesem Jahr mit den Arbeiten zur Erstellung eines Schutzzauns beginnen. Wenn es die Witterung zulässt, sind die Arbeiten Ende Februar abgeschlossen. Bis dahin bleibt die Kartäuserstraße gesperrt.

Fördermittel für Gewaltvorbeugung

Die Kommunale Kriminalprävention und der Verein „Sicheres Freiburg“ unterstützen die Entwicklung und Durchführung von Projekten zur Gewaltprävention in beratender Funktion, aber auch finanziell. Schulklassen oder Vereine, die ein solches Projekt planen oder demnächst beginnen wollen, können bis März 2024 einen Zuschuss beantragen.

www.sicheres-freiburg.de (Stichwort Förderung). Weitere Infos unter Tel. 0761 29 27 20 98 oder per E-Mail an m.bottke@sicheres-freiburg.de

Schutzstatus für Ukrainer verlängert

Die Aufenthaltserlaubnis der rund 2800 Geflüchteten aus der Ukraine in Freiburg verlängert sich automatisch bis zum 4. März 2025. Bisher waren die Aufenthaltstitel für Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg geflüchtet sind, bis März 2024 befristet.

Gewaltschutz als kommunale Aufgabe

Ergebnisse der Online-Umfrage liegen vor – Freiburg will Istanbul-Konvention umsetzen

Was kann Freiburg tun, um Frauen und andere vulnerable Personen vor Gewalt zu schützen? Dieser Frage will die Stadt mit einem Beteiligungsprozess auf den Grund gehen. Außerdem hat sie eine Online-Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Demnach fühlen sich 15 Prozent der Befragten in ihrem nahen Wohnumfeld und im eigenen Stadtteil unsicher.

Mit der Umfrage, aber auch mit der vom Gemeinderat geschaffenen 50-Prozent-Koordinierungsstelle beim Referat für Chancengerechtigkeit will Freiburg die von Deutschland 2018 unterzeichnete Istanbul-Konvention auf lokaler Ebene umzusetzen. Die Konvention ist ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt aus dem Jahr 2011.

Für die Umfrage haben die Kommunale Kriminalprävention und die städtische Statistikstelle in Zusammenarbeit mit Frauenhorizonte Menschen ab 16 Jahren befragt, die ihre E-Mail-Adressen bei einer vorherigen städtischen Umfrage zur Verfügung gestellt hatten. Gleichzeitig gab es eine offene Online-Umfrage, die breit beworben wurde. Die Beteiligung war überall sehr hoch. Allein in der geschlossenen Umfrage kamen 723 Antworten zurück – auf diese beziehen sich die vorgestellten Ergebnisse. Diese sind repräsentativ, da sie die demografische Struktur der Stadt widerspiegeln.

Sicherheitsgefühl

Gefragt nach ihrem Sicherheitsgefühl gaben 15 Prozent an, sich im nahen Wohnumfeld und im eigenen Stadtteil unsicher zu fühlen; in den Stadtteilen Weingarten, Haslach und im Stühlinger waren es sogar mehr als doppelt so viele. Wer sich nicht sicher fühlt, hat häufig schon Gewalt im Quartier erlebt oder davon mitbekommen. Auch eine aggressive Nachbarschaft oder Ruhe- und Ordnungsstörungen können Gründe dafür sein.

18 Prozent der Teilnehmenden haben oft oder sehr oft die Befürchtung, dass sie in Zukunft von sexualisierter Gewalt in der Öffentlichkeit betroffen sein könnten. Bei weiblichen und diversen Personen, Menschen mit Migrationshintergrund und jüngeren Menschen sind diese Befürchtungen tendenziell ausgeprägter.

Erlebte Gewalt

Zwölf Prozent der Befragten gaben an, Gewalt am eigenen Körper erfahren zu haben: In den letzten zwölf Monaten wurden sie grob angefasst, gestoßen oder getreten. Von Schlägen, Ohrfeigen oder gar Angriffen mit Waffengewalt wird nur selten berichtet.

Sexuelle Belästigung in unterschiedlicher Ausprägung erfahren insbesondere junge Frauen. Überwiegend geht sie von männlichen unbekanntem Personen aus. Von den Betroffenen wurden 36 Prozent in den letzten zwölf Monaten angestarrt. 31 Prozent wurden durch Hinterherpfeifen und Sprüche „angemacht“ und 11 Prozent gegen ihren Willen angefasst. Auch diverse Personen und Menschen mit Behinderung erlebten häufiger sexuelle Belästigungen.

Miterlebte Gewalt

Innerhalb des letzten Jahres hat rund ein Drittel der Befragten Gewalt in der Öffentlichkeit beobachtet oder miterlebt. Dabei ging es bei 63 Prozent der beobachteten Fälle um körperliche Gewalt, bei 52 Prozent um psychische und bei 44 Prozent um sexuelle Belästigung. In 27 Prozent aller Fälle griffen die Befragten selbst ein, organisierten Hilfe aus dem nächsten Umfeld oder riefen den Notruf. 48 Prozent haben weder selbst eingegriffen noch Hilfe organisiert. Als Gründe gaben sie an, dass sie zu weit entfernt gewesen seien, nicht so schnell hätten reagieren können oder Angst um die eigene Gesundheit gehabt hätten. Manche waren schlicht auch unsicher oder wussten nicht, auf welche Weise sie Zivilcourage hätten zeigen können.

Hilfen zum Gewaltschutz

Die Mehrheit der Befragten fühlt sich nur teilweise oder nicht gut über Hilfsangebote informiert. Zwar sind Anlaufstellen bei Gewalterfahrungen mehr als der Hälfte bekannt, von der Anti-Gewalt-Beratung und Trainingsmöglichkeiten bei Gewaltbereitschaft wissen wiederum nur die wenigsten.

Die Teilnehmenden hatten viele Anregungen, wie Gewaltschutz verbessert werden könnte. So wurde mehrfach vorgeschlagen, Kinder und Jugendliche in Schulen, aber auch schon in Kitas aufzuklären. Das Angebot für Elternkurse sollte ausgebaut, aber auch besser beworben werden. Schulungen zur Sensibilisierung für Polizei und Justiz oder niederschwellige zentrale öffentliche Anlaufstellen für akut Betroffene wurden ebenfalls gewünscht.

Eigene Gewalttätigkeit

Nur 28 Personen nahmen am letzten Teil der Befragung zur eigenen Gewalttätigkeit und Wege aus der Gewalt teil. Aus den

Angaben lassen sich daher keine repräsentativen Rückschlüsse ziehen.

Der Freundeskreis oder die Familie sind häufig die ersten Anlaufstellen bei gewalttätigem Verhalten. Professionelle Hilfeangebote nehmen die Betroffenen seltener in Anspruch, und falls doch, dann meist in Form von Therapien.

Fazit

Die Anregungen aus der Bürgerschaft decken sich größtenteils mit den fachlichen Beiträgen aus dem Beteiligungsprozess, geben aber auch neue Impulse. Die Umfrageergebnisse und die hohe Rücklaufquote verdeutlichen zudem, dass das Thema Gewaltschutz alle angeht und viele bewegt.

Infos und Umfrageergebnisse unter: www.freiburg.de/kriminalpraevention

Bieterverfahren rund um den Müll

Freiburg schreibt private Anteile der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung europaweit aus

Öffentlich-private Partnerschaftsmodelle müssen laut europäischem Recht regelmäßig neu ausgeschrieben werden – das gilt auch für die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg (ASF), an der die Stadt 53 Prozent der Anteile hält. Die restlichen 47 Prozent gehören der Remondis Kommunale Dienste Süd und werden, um das Europarecht umzusetzen, ab 2026 europaweit ausgeschrieben.

Dafür haben die Stadt und das Entsorgungsunternehmen Remondis kürzlich einen Vertrag unterschrieben. Remondis hat seine Anteile zur Verfügung gestellt, um sich auch an der Ausschreibung beteiligen zu können. So kann Freiburg das erfolgreiche Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft fortsetzen.

Aus einer Hand

Damit wird sichergestellt, dass die ASF weiterhin und langfristig mit der „Abfallentsorgung und Reinigung aus einer Hand“ beauftragt wird. Das bedeutet, dass sie sich zentral um alle Aufgaben kümmert: Abfall entsorgt, Gehwege putzt, Mülleimer leert und vieles mehr. Als Mehrheitsgesellschafterin hat die Stadt zentrale Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung.

Frankfurter Modell

Die Stadt hatte verschiedene Varianten geprüft und dem Gemeinderat dann das „Frankfurter Modell“ als Lösung vorgeschlagen. Frankfurt hat dieses Modell 2019/20 in Abstimmung mit der EU-Kommission entwickelt. Kerninhalt ist, dass an einem gemischtwirtschaftlichen Abfallentsorgungsunternehmen nur die Minderheitsanteile ausgeschrieben werden. Die EU-Kommission hat Freiburg die Zulässigkeit des Verfahrens bestätigt.

„Gute Zusammenarbeit“

Der Gemeinderat hat dem Frankfurter Modell Ende November zugestimmt. Oberbürgermeister Martin Horn zeigte sich erfreut: „Die gute Zusammenarbeit mit der ASF wird fortgesetzt, die hohe Qualität der Abfallentsorgung bleibt erhalten, wir sichern Arbeitsplätze innerhalb der ASF und können gleichzeitig sinnvoll in die Zukunft der nachhaltigen Abfallentsorgung in Freiburg investieren.“

Hintergrund und Zeitplan

Der aktuelle Vertrag wurde 1999 zwischen der Stadt und der ASF geschlossen. Er läuft bis zum 31. Dezember 2024 und verlängert sich anschließend um fünf Jahre, wenn er nicht gekündigt wird. Diese automatische Verlängerung sieht die EU-Kommission aus wettbewerbsrechtlichen Aspekten kritisch, da der Vertrag bereits 2019 nicht gekündigt wurde.

Der jetzt abgeschlossene Vertrag mit Remondis sieht ein Sonderkündigungsrecht nach zwei Jahren zum 31. Dezember 2026 vor. Damit kann die Verwaltung ab nächstem Jahr die europaweite Ausschreibung der Remondis-Anteile vorbereiten. Dabei kann sie Vergabekriterien festlegen wie etwa Digitalisierung, Lärmreduzierung, nachhaltige Beschaffung oder Konzepte zur weiteren Reduzierung der Abfallmenge in Freiburg.

Mitte 2025 soll die Ausschreibung starten, Mitte 2026 soll der neue Vertrag zwischen der Stadt und dem Bestbieter unterschrieben werden. In Kraft tritt er dann zum 1. Januar 2027.

Fördermittel für den Friedrichsbau zugesagt

Kino soll „in neuem Glanz erstrahlen“

Anfang des Jahres stand das Traditionskino im Friedrichsbau vor dem Aus, jetzt können Betreiber und Filmliebhaber aufatmen: Nach einer Rettungsaktion und einem starken Kinosommer erhält der Friedrichsbau nun Fördermittel für die umfangreiche Modernisierung der Lüftungs- und Klimaanlage.

„Wir werden massiv investieren, um das Kino in neuem Glanz erstrahlen zu lassen“ – Kinobetreiber Ludwig Ammann ist zuversichtlich, was die Zukunft der Friedrichsbau-Lichtspiele betrifft. Grund hierzu hat er: Die beantragten Fördergelder für die umfangreiche Modernisierung der Lüftungs- und Klimaanlage sind nun bewilligt. So erhält das Lichtspielhaus beispielsweise Mittel der Filmförderungsanstalt des Bundes. Die Gelder werden zu 70 Prozent als Darlehen und zu 30 Prozent als Zuschuss fließen.

Auch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Claudia Roth hat innerhalb des Zukunftsprogramms Kino finanzielle Hilfen zugesagt – sofern die Haushaltsmittel nicht gekürzt werden. Ein ergänzender Zuschuss kommt von der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg. Wie hoch die Kosten für die Anlage genau sein werden, kann Ammann erst nach dem Abschluss der Ausschreibung abschätzen. Er geht davon aus, dass die Fördermittel rund die Hälfte der Ausgaben decken werden.

Perspektivplan greift

Die Fördergelder waren Teil eines Perspektivplans, den die Stadtspitze, die Verwaltung der Franz-Xaver-und-Emma-Seiler-Stiftung als Vertretung der Vermieterin und die Geschäftsführung der Friedrichsbau-Lichtspiele Anfang des Jahres entwickelt haben, um das 112 Jahre alte Kino vor der Schließung zu bewahren. OB Martin Horn zeigte sich zufrieden: „Unser Plan für die Rettung des Friedrichsbaus greift, er hat die Rückendeckung von Tausenden Freiburgerinnen und Freiburgern.“ Mittlerweile seien 80000 Euro Spenden eingegangen. „Die Leute gehen wieder mehr ins Kino, die Fördergelder fließen. Gleichzeitig werden wir das Programm kino nur erhalten können, wenn wir gemeinsam langfristige Lösungen finden“, ergänzte Horn.

Kern des Mehrpunkteplans war ein Mietvertrag, der nun bis zur Generalsanierung des Gebäudes im Jahr 2033 läuft. Der über zehn Jahre laufende Vertrag gab Ammann eine Planungssicherheit, ohne die notwendige Investitionen nicht möglich gewesen wären. Neben der Modernisierung der Lüftungsanlage steht auch eine Umstellung auf stromsparende Laserprojektoren an. Parallel dazu wird das Foyer saniert.

Ferienwohnungen im Schlosspark

Gemeinderat gibt grünes Licht für modifizierte Planungen in Ebnet

Einstimmig hat der Gemeinderat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Schloss Ebnet“ zur Offenlage beschlossen. Seit dem Aufstellungsbeschluss 2018 hat sich das Projekt in vielen Details verändert. Jetzt sieht Stadtplanungsamtschef Roland Jerusalem ein „rundes Gesamtpaket“, das dem eigentlichen Ziel dient: dem Erhalt und der Sanierung des Schlosses.

Ursprünglich umfasste der Geltungsbereich des Bebauungsplans nur den Kern des Schlossareals rund um das Schloss und die bestehenden Gebäude. Aufgrund vieler Einwendungen von Anwohnenden und verschiedener Gremien hat das Stadtplanungsamt den Bebauungsplan neu aufgesetzt und darauf hingewirkt, dass ein Gesamtkonzept erarbeitet wird, in dem sich der Stadtteil Ebnet, die Vorhabenträgerin sowie auch die angrenzende Nachbarschaft wiederfinden.

Zum Geltungsbereich gehört jetzt die gesamte Parkanlage bis zum Johann-Jakob-Fechter-Weg. Außerdem wurden Gutachten zu den brisanten Themen Lärm und Verkehr in Auftrag gegeben, die beiden Zufahrten zum Areal wurden ebenso Bestandteil des Bebauungsplans. Im Umweltbericht sind Ausgleichsmaßnahmen festgelegt, die zum Teil im Schlosspark selbst erfolgen. Damit ist auch sichergestellt, dass es in der Parkanlage und der daran anschließenden Grünfläche keine weitere Bebauung geben kann.

Eine wesentlicher Kritikpunkt an den bisherigen Planungen war die Zufahrt. Jetzt ist klar geregelt, dass der Johann-Jakob-Fechter-Weg nachts gesperrt ist. Außerdem ist ein neuer Oberflächenbelag Pflicht, weil der bisherige Kies sehr geräuschintensiv ist.

Nutzung der Gebäude

Der Bauherr möchte in der heutigen Reithalle 24 Ferienwohnungen bauen und weitere acht im geplanten Neubau Ost. Im Obergeschoss der Zehntscheune soll eine größere Ferienwohnung für eine Familie entstehen, insgesamt also 33 Ferienwohnungen. Im Erdgeschoss der Zehntscheune soll Gastronomie einziehen. Zudem sind im Neubau Nord Mitarbeiterwohnungen geplant. Im Schloss selbst soll es Räume für Freiberufler, Veranstaltungen und Betriebsleiterwohnungen geben.

Für die Arbeiten im Schlosspark sind zwei Ausbaustufen vorgesehen. Zunächst werden die Bestandsgebäude umgebaut, in einem zweiten Schritt folgen dann die beiden Neubauten.

Ziel: Erhalt des Schlosses

Roland Jerusalem, Chef des Stadtplanungsamts, betont die Bedeutung der Planungen: „Es geht bei dem Bebauungsplan um ein besonderes Ziel – um den dauerhaften Erhalt und die Sanierung des Schlosses, ein identitätsstiftendes Bauwerk für den Stadtteil Ebnet.“ Um das zu sichern, gehört zum Gesamtpaket ein Durchführungsvertrag. Darin ist unter anderem festgelegt, dass die Einnahmen aus der Vermietung der Ferienwohnungen, von den Veranstaltungen und aus der Gastronomie auch in die Sanierung des Schlosses fließen. Zudem sieht die denkmalrechtliche Genehmigung ein regelmäßiges Monitoring vor.

Die Planunterlagen werden nach den Weihnachtsferien öffentlich ausgelegt, und die Bürgerschaft kann dazu Stellung nehmen. Voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2024 kann der Gemeinderat das Verfahren mit dem Satzungsbeschluss zum Abschluss bringen.

Kitas sollen inklusiver werden

Stadt bezuschusst heilpädagogische Fachkräfte an freien Kitas

Seit Jahren steigt der Bedarf an Inklusionsleistungen in Kitas. Im Februar hatten die Fraktionen Die Grünen, SPD/Kulturliste und Jupi die Stadt beauftragt, ein Konzept zur Inklusionsbegleitung zu erstellen. Dieses hat die Verwaltung den Rätinnen und Räten nun vorgelegt.

Das Konzept sieht vor, heilpädagogische Fachkräfte an freien Kitas mit 230 000 Euro jährlich zu bezuschussen. Im Haushaltsjahr 2024 waren diese Mittel bereits für Inklusionsleistungen veranschlagt. Für die Bezuschussung bewerben können sich Kitas in Haslach, Weingarten, Landwasser und Brühl – hier bestand im vergangenen Jahr der größte Bedarf.

Kinder, Familien und Erziehende profitieren alle von strukturell eingebundenen Heilpädagoginnen und -pädagogen. Durch ihren Einsatz werden Hilfebedarfe früh erkannt und bearbeitet. Zudem führen sie Beratungen und Fortbildungen durch – mit der Folge, dass Eingliederungshilfen teils gar nicht mehr nötig sind. Diese Erfahrungen konnte beispielsweise die Kita am Seepark machen, bei der bereits zwei heilpädagogische Fachkräfte zum Team gehören.

Im Gemeinderat gab es zwei Änderungsanträge. Die Fraktion Eine Stadt für alle forderte, die Mittel für heilpädagogische Fachkräfte zu verdoppeln: Stadtrat Günther Rausch bezeichnete das Konzept zwar als „sachlich gelungen und richtungsweisend“, betonte aber, dass die vorgesehenen drei Vollzeitäquivalente keinesfalls für die vielen Kitas in Freiburg ausreichen würden. CDU-Stadträtin Irmgard Waldner verwies daraufhin auf die knappen Mittel. Der Antrag wurde abgelehnt.

Angenommen wurde hingegen ein gemeinsamer Antrag der Grünen, der SPD/Kulturliste, der Freien Wähler und von Freiburg Lebenswert. Um mehr Flexibilität für die Träger zu gewährleisten, soll es möglich sein, die drei Stellen zu splitten und auf bis zu sechs Kitas aufzuteilen. Stadträtin Pia Federer von den Grünen betonte allerdings, dass es perspektivisch heilpädagogische Fachkräfte an allen Kitas geben müsse.

Julia Söhne von der SPD/Kulturliste bezeichnete den Beschluss zusammenfassend als „guten ersten Schritt“. Auch Jupi-Stadtrat Ramon Kathrein äußerte sich zufrieden, warb aber dafür, die Inklusion an Schulen ebenso anzugehen. Die Beschlussvorlage wurde mit den Änderungen aus dem interfraktionellen Antrag einstimmig angenommen.

„Ein Thema der Mitte“

Verwaltung legt Bericht zur Wohnungsnotfallhilfe vor

Die Zahl der Menschen, die in der Wohnungsnotfallhilfe bleiben müssen, steigt momentan. Das geht aus dem Bericht vor, den die Verwaltung dem Gemeinderat vorgelegt hat. Grund dafür ist der fehlende Wohnraum, vor allem an Kleinstwohnungen mangelt es.

In einem interfraktionellen Antrag beauftragen SPD/Kulturliste, Jupi, Freie Wähler, FDP/BfF, CDU, Eine Stadt für alle und die Grünen das Liegenschaftsamt damit, ein Grundstück für neue Kleinstwohnungen auszuschreiben. Ihr Vorschlag: das leer stehende Haus in der Schwarzwaldstraße 69, unmittelbar neben dem Tunnelausgang. Die Verwaltung hat den Antrag übernommen und will in den kommenden Monaten prüfen, ob sich dort Kleinstwohnungen realisieren lassen.

In der Begründung verweisen die antragsstellenden Fraktionen auf eine vom Gemeinderat 2018 beschlossene Drucksache: Darin wird das Ziel formuliert, binnen fünf Jahren 200 Kleinstwohnungen zu erstellen. Dieses Ziel habe man nicht annähernd erreichen können, kritisieren die antragstellenden Fraktionen.

„Wir sind in der Pflicht“

„Was fehlt, sind Wohnungen“, betonte denn auch Grünen-Stadträtin Pia Federer. Wohnheime oder die Anmietung eines Hotels – wie etwa des ehemaligen Hotels Schiller, in das im kommenden Frühjahr wohnungslose Menschen einziehen können – seien keine Lösung. „Wir sind in der Pflicht, Herr Oberbürgermeister“, mahnte die Grünen-Stadträtin. Günter Rausch von Eine Stadt für alle lobte die Vorlage der Stadt, würde den Satz: „Die Zahl wohnungsloser Menschen ist in Freiburg weiterhin hoch“ aber so formulieren: „Die Zahl wohnungsloser Menschen in Freiburg ist zu hoch.“

„Größtes soziales Problem“

Julia Söhne (SPD/Kulturliste) betonte, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sei das größte soziale Problem in der Stadt und verwies auf das Konzept „Housing first“. Danach steht eine eigene Wohnung am Anfang der Hilfe für obdachlose Menschen. Um das umzusetzen, müsse mit der Ankündigung, 200 Kleinstwohnungen zu bauen, jetzt ernst gemacht werden, forderte Söhne.

Auch Simon Waldenspuhl von Jupi sprach sich für „Housing first“ aus: „Sobald jemand obdachlos wird, stellt der Staat ihm eine Wohnung zur Verfügung.“ Aber das funktioniere nur, wenn die Wohnungen auch breit über die Stadt verteilt seien.

„Am Anschlag“

Klaus Schüle von der CDU sah ebenfalls dringenden Handlungsbedarf. „Die Oase (ein Zentrum für wohnungslose Menschen, Anm. der Red.) ist überfüllt, die Mitarbeitenden sind am Anschlag, es gibt zu wenig Wohnraum“, sagte er und betonte: „Das ist kein Randthema, sondern ein Thema der Mitte.“ FDP/BfF-Stadträtin Claudia Feierling erhoffte sich eine Entlastung durch die Anmietung des Hotels Schiller und dadurch, dass nach dem Brand im Wohnheim in der Wonnhaldestraße etliche Menschen wieder zurückkehren konnten.

Gerlinde Schrempf von den Freien Wählern schloss sich den Ausführungen von Julia Söhne und Klaus Schüle an und dankte, wie die anderen Rednerinnen und Redner auch, den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre „extrem schwierige Arbeit“.

„Riesenkraftanstrengung“

Oberbürgermeister Martin Horn hob im Anschluss an die Debatte die „Riesenkraftanstrengung“ der Freiburger Stadtbau (FSB) hervor. Sie stelle ein Kontingent von zehn Prozent aller jährlich frei werdenden Wohnungen zur Versorgung von Wohnungslosen zur Verfügung. Außerdem baue die FSB gerade 75 Kleinstwohnungen, die Hälfte davon für wohnungslose Menschen.

Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach bezeichnete das Thema Wohnungslosigkeit als „eines der drängendsten, wenn nicht das drängendste“. Was er vom Gemeinderat gehört habe, werte er aber als „ein gutes Zeichen. Mit dem Rückenwind von Ihnen gehen wir das Problem an“.

Ziel ist „ein gutes Miteinander“

Konzept für den Stühlinger Kirchplatz

Die Verwaltung hat einen Zwischenbericht zum „sozio-kulturellen und integrativen Gesamtkonzept für den Stühlinger Kirchplatz“ vorgelegt. Beantragt hatte das im März dieses Jahres die Fraktionsgemeinschaft Eine Stadt für alle; dabei sollten die verschiedenen Bedürfnisse, auch die der angrenzenden Schulen und der Anwohnenden, berücksichtigt werden.

In ihrem Bericht geht die Verwaltung auf die Arbeit der Vereine Capoa und „Schwere(s)los!“ ein. Capoa ist ein Netzwerk von Menschen aus Afrika, das unter anderem versucht, junge geflüchtete Afrikaner auf dem Stühlinger Kirchplatz in Ausbildung und Arbeit zu bringen. „Schwere(s)Los!“ möchte auf dem Platz einen Kulturkiosk als Ort der Begegnung errichten. Die Stadt wiederum hat für eine zwölfmonatige Pilotphase die Öffnungszeiten der öffentlichen Toilettenanlage ausgeweitet. Außerdem will sie mit Sitzmöglichkeiten auf dem Platz die Aufenthaltsqualität verbessern. Das seit zwei Jahren laufende Veranstaltungsformat „Belebung Stühlinger Kirchplatz“ soll den Platz tagsüber beleben: Bislang gab es 15 Veranstaltungen, darunter eine Silent Disco, ein Fußballturnier und einen Kleidertausch.

Bei der Entwicklung des Gesamtkonzepts müssen viele Akteurinnen und Akteure berücksichtigt und beteiligt werden, schreibt die Verwaltung in ihrem Bericht: Bürgerinnen und Bürger, Platznutzende, der Bürgerverein, aber auch Institutionen, Anwohnende, die Kommunale Kriminalprävention, die Polizei, Veranstalter und die Verwaltung.

Das betonen auch Jupi, die Grünen, Eine Stadt für alle und die SPD/Kulturliste in einem gemeinsamen Antrag: Wichtig sei, dass „die Interessen und Ideen der sich dort aufhaltenden Menschen Gehör finden“. Ziel sei schließlich nicht eine Vertreibung, sondern „ein gutes Miteinander“. Im kommenden Jahr will die Verwaltung das Gesamtkonzept zur Beschlussfassung vorlegen.

Neujahrskonzert mit dem Philharmonischen Orchester: Höhepunkte aus „Frau Luna“ und „Die Csárdásfürstin“

Ausgelassene Lebensfreude im Berlin der beginnenden Goldenen Zwanzigerjahre können die Besucherinnen und Besucher des Neujahrskonzerts im Stadttheater mit der beliebtesten Berliner Operette „Frau Luna“ erleben. Das Ensemblestück von Paul Lincke führt uns auf den Mond, wo das Publikum verschiedene Liebesverknüpfungen unter den unterschiedlichen Charakteren aus Berliner Arbeitern und Himmelskörpern erlebt. Die Csárdásfürstin spielt in Budapest während der letzten unbeschweren Tage vor Beginn des Ersten Weltkriegs. Die Geschichte der unglücklich verliebten Hauptakteure verspricht Operettenopulenz und großartige Gesangsleistungen.

Lebendige Künstlerszene

Gemäldepräsentation ergänzt Hasemann-Ausstellung im Augustinermuseum

Wilhelm Hasemann (1850–1913) war bei seiner ersten Reise nach Gutach so begeistert von Landschaft und Menschen, dass er sich dort niederließ. Durch den engagierten Maler entwickelte sich schon bald eine lebendige Künstlerszene. Die neue Präsentation „Treffpunkt Gutach“ im Dachgeschoss des Augustinermuseums ergänzt mit Werken dieser Malerkolonie die aktuelle Sonderausstellung zu Hasemann.

Der aus Mühlberg an der Elbe stammende Künstler Hasemann war bekannt und beliebt. Das allein lockte zahlreiche Besucherinnen und Besucher nach Gutach. Er selbst förderte den künstlerischen Austausch, indem er befreundete Malerinnen und Maler weit über die Region hinaus einlud. So entstand ein lockerer Verbund. Ortsfremde kamen vor allem in den Sommermonaten, dann waren mitunter 20 bis 30 Künstlerinnen und Künstler gleichzeitig vor Ort. Insgesamt waren es zu Hasemanns Lebenszeit mehr als 170, die sich in Gutach aufhielten.

Ihr Motivschatz war groß: Landschaft, stattliche Höfe, Menschen in Tracht, bei der Arbeit oder beim Kirchgang, und Dorfansichten – zumeist bei schönem Wetter, nur wenige Ausnahmen zeigen Gutach bei Regen oder in der Nacht. In ihren Darstellungen konzentrierten sich die Künstlerinnen und Künstler meist auf das Schöne und blendeten die Härte des bäuerlichen Alltags aus. So verbreitete sich ein romantisierendes und idealisierendes Bild des Schwarzwalds, das bis heute existiert.

Zum festen Kreis der Malerkolonie zählten Fritz Voellmy, Carl Blos, Franz Gräbel, Albert Kappis, Maximilian von Fichard, Victor Puhonny und Adolf Des Coudres. Neben Wilhelm Hasemann ließ sich Curt Liebich ebenfalls dauerhaft in Gutach nieder und heiratete sogar dessen Schwägerin Antonie Lichtenberg. Die beiden bildeten den Dreh- und Angelpunkt der Gutacher Künstlerszene. Nach ihrem Tod löste sich die Gemeinschaft langsam auf.

„Treffpunkt Gutach“ zeigt knapp 40 Werke, darunter Gemälde von Hasemann selbst, zahlreichen weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Künstlerkolonie, aber auch von seinen Schülerinnen wie Hanna von Kästner und Alma Erdmann. Damit ergänzt die Präsentation die Ausstellung „Wilhelm Hasemann und die Erfindung des Schwarzwald“ im Untergeschoss. Besucherinnen und Besucher können außerdem das Gästebuch aus dem Wirtshaus „Löwen“ digital durchblättern – darin hatten sich die dort übernachtenden Künstlerinnen und Künstler verewigt. Das Original ist als Leihgabe der Vogtsbauernhöfe Gutach ebenfalls zu sehen.

„Treffpunkt Gutach“, bis 6.10.2024 im Augustinermuseum, Öffnungszeiten: Di–So 10–17 Uhr, Fr 10–19 Uhr. Eintritt: 8/erm. 6 Euro. Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahren ist der Eintritt frei.

Freiburger Andruck mit Iris Wolff

Lesereihe feiert 15. Geburtstag

In der ersten Veranstaltung 2024 der Reihe „Freiburger Andruck“ stellt die in Freiburg lebende Autorin Iris Wolff ihren neuen Roman „Lichtungen“ vor. Sie liest daraus am Dienstag, 16. Januar, um 19.30 Uhr im BZ-Museum. Die Moderation übernimmt René Zipperlen, Kulturredakteur der Badischen Zeitung.

Wie bereits ihr preisgekröntes Buch „Die Unschärfe der Welt“ erzählt auch der neue Roman der im Banat und in Siebenbürgen aufgewachsenen Autorin vom Vielvölkerstaat Rumänien. Ausgehend von der Geschichte einer unwahrscheinlichen Freundschaft in Kindertagen entwirft Wolff das kunstvoll zusammengefügte Porträt zweier miteinander verbundener Leben inmitten politischer Umwälzungen. Als sich die europäischen Grenzen öffnen, bricht Kato in den Westen auf, Lev bleibt zurück. Bis ihn eines Tages eine Karte aus Zürich erreicht, darauf nur ein einziger Satz: „Wann kommst du?“

Mit der Premierenlesung werden auch 15 Jahre „Freiburger Andruck“ gefeiert. Auftakt war im April 2009 mit einer Lesung von Christoph Meckel. Für das Jubiläum haben die Veranstalter einen besonderen Ort ausgesucht: das BZ-Museum, in dem historische Druck- und Setzmaschinen zu bewundern sind.

Die Lesereihe ist eine Kooperation des Kulturamts mit dem Literaturhaus, der Stadtbibliothek, dem Theater Freiburg, dem SWR Studio Freiburg und der Badischen Zeitung. Im Rahmen von Premierenlesungen stellt sie die neuen Bücher von Freiburger Autoren und Übersetzerinnen vor.

Di, 16.1., 19.30 Uhr, BZ-Museum, Badische Zeitung, Lörracher Str. 3, Eintritt 9 Euro/erm. 6 Euro.
Tickets: BZ-Kartenservice, Kaiser-Joseph-Str. 229, www.reservix.de, Tel. 01806 700733. Infos unter Tel. 0761-201 2101 oder unter: www.freiburg.de/freiburgerandruck

Helmut-Kraft-Preis verliehen

Künstlerin Havîn Al-Sîndy erhält Auszeichnung für ihr Werk „Personae“

Der Helmut-Kraft-Preis zur Förderung der bildnerischen Künste geht in diesem Jahr an Havîn Al-Sîndy. Im Rahmen der Preisverleihung hat die Stiftung Al-Sîndys Arbeit „Personae“ von 2019/20 für 50 000 Euro angekauft und als Schenkung dem Museum für Neue Kunst übergeben.

„Für die diesjährige Preisträgerin haben wir uns entschieden, weil ihr Werk ein großes Thema unserer Zeit aufgreift: die sprachlose Kommunikation. Wir möchten ein Zeichen für Verstehen und Verständnis setzen“, so Brigitte Aumayer, Stiftungsratsvorsitzende.

Die Preisträgerin steht am Beginn ihrer Karriere. Die Installation im Museum für Neue Kunst besteht aus zwei Videoarbeiten, 26 Zeichnungen und zwei Tonmasken. Wie können wir über Sprachbarrieren hinweg miteinander in Verbindung kommen? Welche Kommunikationsformen gibt es angesichts von Sprachlosigkeit? Diesen Fragen widmet sich ihr Werk. Ausgangspunkt für Al-Sîndy, im kurdischen Autonomiegebiet im Irak geboren und aufgewachsen, ist die Erfahrung der Mehrsprachigkeit und des Verbots von Sprachen. So wird Al-Sîndys Muttersprache Kurdisch seit dem 20. Jahrhundert in einigen Staaten unterdrückt.

In ihren Installationen vereint sie mehrere künstlerische Disziplinen – sie nutzt Performance, Video, Virtual Reality, aber auch Lehm und Ton.

Menschen im Museum

Liebingsobjekte von Museumsmitarbeitenden

Die Freiburger Fotografin Britt Schilling hat Mitarbeitende des Kassen- und Aufsichtsdienstes der Städtischen Museen mit ihren Lieblingsobjekten abgelichtet. Die Bilder sind im Treppenhaus des Museums für Neue Kunst zu sehen.

Das Museum ist ihr Revier. Täglich streifen die Aufsichten und Kassenkräfte durch die Räume, kennen die Exponate in- und auswendig. In der neuen Ausstellung im Treppenhaus des Museums für Neue Kunst erzählen 28 solcher Mitarbeitenden ganz authentisch von ihren besonderen Verbindungen zu den Objekten. Die Idee für das Projekt entstand in einem Teambildungsprozess und war ein gemeinsames Anliegen von Kulturstadtamt und den städtischen Museen. Unter jedem Foto erklärt ein persönliches Statement die individuelle Wahl.

„Ich glaube fest an Wunder, sie bereichern das Leben“ – Birgit Schick hat sich Matthias Grünewalds Tafelgemälde „Das Schneewunder“ von 1517/19 ausgesucht. Roumani Ahmad denkt an seine Familie, wenn er die Kristalle im Steinreich des Museums Natur und Mensch sieht: „Sie erinnern mich an meine Kindheit in Beirut. Mein Vater war Steinschleifer, mein Bruder hat den Betrieb übernommen.“ Die Skulpturen „Die vier Jahreszeiten“ im Museum für Stadtgeschichte, die Johann Christian Wentzinger für den Schlosspark in Ebnet schuf, findet Olga Lippmann besonders spannend: „Ich habe sie ausgewählt, da sie die Schönheit der Natur in den verschiedenen Jahreszeiten auf beeindruckende Weise abbilden. Ich schätze die historische Verbindung, die diese Skulpturen zu unserer Stadt herstellen.“

Britt Schilling ist freischaffende Fotografin in Freiburg. Bereits 2021 zeigte das Museum Natur und Mensch in der Ausstellung „In Gesellschaft. Freiburger Frauen*“ über hundert von Britt Schilling aufgenommene Porträtfotos von Freiburgerinnen. Ihre neue Ausstellung „Menschen im Museum“ ist bis Sonntag, 25. Februar 2024, zu sehen.

Museum für Neue Kunst, Marienstraße 10a, Öffnungszeiten: Di–So, 10–17 Uhr; Do 10–19 Uhr. Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 5 Euro. Unter 27 Jahren ist der Eintritt frei. freiburg.de/menschenim-museum

Kurz gemeldet

57 000 Euro für das Augustinermuseum

Mit diesem Spendenergebnis schließt das Kuratorium Augustinermuseum Freiburg e.V. das Jahr 2023 ab. Den gesammelten Spendenscheck 2023 übergab der Vorsitzende des Vereins, Christian Hodeige, an Oberbürgermeister Martin Horn und den Ersten Bürgermeister Ulrich von Kirchbach. Seit nunmehr 18 Jahren sammelt der rührige Verein Spenden für die Sanierung und Neugestaltung des bedeutendsten Museums in Freiburg. Seine Spendenaktion „Der Vergangenheit eine Zukunft“ hat bislang 2,34 Millionen Euro eingespielt.

Museen an Weihnachten

An Heiligabend und am ersten Weihnachtsfeiertag sowie an Silvester und Neujahr sind alle fünf Häuser der städtischen Museen geschlossen.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag, Dienstag, 26. Dezember, und Dreikönigstag, Samstag, 6. Januar, sind alle Museen geöffnet. An Feiertagen schließen alle Häuser um 17 Uhr. Außerhalb der Feiertage gelten die regulären Öffnungszeiten.

Stadtbibliothek macht Pause

Zwischen den Jahren ist die Stadtbibliothek nicht wie gewohnt zu erreichen. Die Hauptstelle am Münsterplatz hat lediglich an den Feiertagen geschlossen. Die Stadtteilbibliotheken in Haslach, im Mooswald und im Rieselfeld sind von 24. Dezember bis einschließlich 8. Januar zu.

Öffnungszeiten der Bäder

Wer an den Feiertagen schwimmen möchte, muss sich auf geänderte Öffnungszeiten einstellen. Das Haslacher Bad hat am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag sowie an Silvester und Neujahr von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Am Dreikönigstag, Samstag, 6. Januar, kann man im Faulerbad von 9 bis 17 Uhr planschen.

Das Westbad bleibt an allen Feiertagen geschlossen, öffnet an den übrigen Tagen aber regulär. Die Hallenbäder in Hochdorf und Lehen sind vom 18. Dezember bis einschließlich 7. Januar geschlossen.

Die Keidel-Therme ist an Heiligabend und Silvester jeweils von 9 bis 14 Uhr geöffnet. An den übrigen Feiertagen gelten die regulären Öffnungszeiten (Therme 9–21 Uhr, Sauna 10–21 Uhr).

Aktuelle Informationen unter www.badeninfreiburg.de

Januar

Samstags im Sonntag: Seit Jahresbeginn kommt das Amtsblatt auf einem neuen Weg in die Freiburger Haushalte. Statt solo am Freitag steckt es jetzt samstags im Briefkasten – zusammen mit der Wochenzeitung „Der Sonntag“.

Glück gehabt: Bei Bauarbeiten in der Lehener Straße kommt eine 500-Kilo-Fliegerbombe ans Tageslicht. Rund um den Fundort müssen rund 4000 Menschen evakuiert werden. Die Profis des Kampfmittelräumdienstes sorgen dafür, dass schon mittags alle in ihre Wohnungen zurückkehren können.

Akrobatischer Start: Der städtische Neujahrsempfang findet erstmals in der Staudingerschule statt. Die Stimmung unter den 500 geladenen Gästen ist gut – nicht zuletzt dank der Darbietungen des Circus Harlekin. Oberbürgermeister Martin Horn ruft dazu auf, „mehr zu machen und weniger zu meckern“.

Antizyklisch bauen: Im Uffhauser Karree in Haslach entstehen 259 neue Wohnungen – doppelt so viele wie zuvor. Mit dem 30-Millionen-Euro-Projekt setzt die Stadtbau ein klares Zeichen für bezahlbares Wohnen trotz deutlich erschwerter Rahmenbedingungen. Das Thema wird die Stadt das ganze Jahr begleiten...

Mehr Chancen als Risiken: Mit sehr großer Mehrheit stimmt der Gemeinderat zu, die Dietenbach-Gesellschaft von der Sparkasse zu übernehmen. Damit hat die Stadt auf einen Schlag sehr viel weniger Geld in der Kasse, dafür aber fast alle Grundstücke im neuen Stadtteil in der eigenen Hand – und damit eine viel höhere Flexibilität.

Zukunft ungewiss: Kurz vor Weihnachten hat die Stadtverwaltung die erschreckende Nachricht erreicht, dass die Stadthalle nicht mehr standsicher ist. Immerhin gelingt es zu Jahresbeginn, die eingelagerten Dinge herauszuholen. Wie es mit der früheren Konzert- und Veranstaltungsstätte weitergehen soll, steht allerdings in den Sternen.

Immer mehr: Erstmals spuckt die Auswertung des Melderegisters mehr als 230 000 in Freiburg gemeldete Personen aus. Der Anstieg ist wegen des Zuzugs von Menschen aus der Ukraine besonders stark.

Erfolgreicher Kanal: Nicht nur im Amtsblatt, sondern auch im Internet und in den sozialen Medien informiert die Stadtverwaltung über das, was sie tut. Zum Jahresbeginn freuen sich die Mitarbeitenden des Pressereferats über den 10 000. Follower auf Instagram – keine zwei Jahre nach dem Start.

Februar

Happy End: Das drohende Ende der Friedrichbau-Kinos erschreckt viele Menschen in der Stadt. Zehntausende unterzeichnen eine Online-Petition. Auch die Stadtspitze wirft sich ins Zeug und arbeitet an einem Rettungsplan, der mit einem neuen, langfristigen Mietvertrag den Betreibern Planungssicherheit gibt.

Eisige Aussicht: Für eine neue Eishalle gibt es zwar noch keine Finanzierung oder gar einen Zeitplan, aber immerhin einen perfekten Standort. An der Messe wäre Platz für die Arena. Um hier eine Sportnutzung zu ermöglichen, bringt der Bauausschuss eine Bebauungsplanänderung auf den Weg.

Nein zur Kirche: Jahr für Jahr bestätigt die Statistik des Standesamts eine große gesellschaftliche Veränderung – immer mehr Menschen treten aus der Kirche aus. Mit über 3800 wird ein neuer Rekordwert erreicht. Stolz ist darauf niemand.

Schicksalhafter Bühnenspieler: Im Theater Freiburg feiern „Die Ehemaligen“ Premiere, ein Stück über Gewalt und Missbrauch im früheren Waisenhaus in Günterstal. Dort lebten zwischen 1940 und 1985 Tausende Kinder und Jugendliche – einige von ihnen stehen als Erwachsene im Kleinen Haus mit auf der Bühne.

Frisch gemacht: Oft sind Schulen ja die hässlichsten Gebäude im Ort. Für das Goethe-Gymnasium gilt das aber definitiv nicht. Nach einer umfassenden Sanierung der Fassade und mit neu gestaltetem Schulhof erstrahlt es im neuen, alten Glanz.

Zu Gast in Bellevue: Bundespräsident Steinmeier lädt Oberbürgermeister Horn als einzigen kommunalen Vertreter zum Jahrestag des Ukrainekriegs in seinen Amtssitz ein. Das Staats- dankt dem Stadtoberhaupt für das beispielhafte Engagement der Freiburger Bürgerschaft.

Entspannter Theaterbesuch: Mit einer Vorstellung von „Bossy“ startet am Theater ein neues Format. Die „relaxed performances“ getauften Aufführungen verzichten auf laute Geräusche und Stroboskoplicht und machen den Besuch damit auch für Menschen möglich, die solche Reize gar nicht gut vertragen.

März

Schule für alle: Der Bedarf für eine weiterführende Schule am Tuniberg ist unstrittig. Das gilt aber nicht für die Schulart. Nach langer Diskussion entscheidet der Gemeinderat jetzt, dass es eine Gemeinschaftsschule werden soll, idealerweise mit gymnasialer Oberstufe.

Anwohnerparken, die erste: Der Gemeinderat ist von seinem Stufenmodell fürs Bewohnerparken überzeugt – und differenziert es noch ein bisschen aus. Vergünstigungen soll es jetzt auch für Motorräder und Menschen mit Familiencard geben.

Pflicht erfüllt: In der Ethnologischen Sammlung des Museums Natur und Mensch befinden sich auch zehn Benin-Bronzen.

Rechtmäßige Besitzerin ist die Stadt aber nicht – die Kunstwerke wurde Ende des 19. Jahrhunderts von britischen Truppen geraubt. Jetzt entscheidet der Gemeinderat, die Beutekunst zurückzugeben.

April im März: Wind, Regen und Sonnenschein begleiteten die über 12 000 Läuferinnen und Läufer beim Freiburg-Marathon. Warum Freiburg als Toskana Deutschlands bezeichnet wird, bleibt ihnen ein Rätsel.

Aperol statt Auto: Auf Parkplätzen Außengastronomie zu ermöglichen, war eine Notlösung in Coronazeiten. Jetzt denken die meisten, dass Bier viel netter als Blech ist. Der Gemeinderat verlängert die Regelung erst bis März 2024 und beschließt zum Jahresende eine dauerhafte Lösung.

Zinklern kann kommen: Bei der Neverending Story um das seit Jahrzehnten geplante Baugebiet in Lehen streicht der Gemeinderat das „Never“. Mit dem Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan nimmt das Projekt die wahrscheinlich entscheidende Hürde.

April

Gegen nasse Füße: Der Klimawandel bringt neben großer Hitze im Sommer und Trockenheit zu Unzeiten leider auch vermehrt Starkregen mit sich. Ab sofort trägt ein großes Hochwasserrückhaltebecken im Bohreratal dazu bei, Freiburg vor Hochwasser zu schützen.

Kein Park ohne Ride: Weil die städtischen P+R-Plätze immer voll sind, aber längst nicht jeder Parkende in die Stadtbahn umsteigt, ändert die Stadt die Nutzungsbedingungen. Den kostenlosen Stellplatz erhalten jetzt nur noch die, die auch ein ÖPNV-Ticket vorweisen können.

Auf dem Holzweg: Ein Forschungsprojekt der Forsthochschule Rottenburg zeigt, dass in der Region mehr als genug Holz produziert und verarbeitet wird, um ganz Dietenbach aus diesem ökologischen Baustoff zu errichten. Eine Betonwüste wird der neue Stadtteil sicher nicht.

Starke Kombi: Radfahren trägt zum Klimaschutz ebenso bei wie die Nutzung der Sonnenenergie. Beides zusammen gibt es jetzt auf einer Pilotstrecke an der Messe. Dort hat die Badenova ein Stück des Radwegs mit PV-Anlagen überdacht. Das Beispiel soll Schule machen.

Unerwarteter Fund: Im künftigen NS-Dokuzentrum am Rotteckring taucht bei den Bauarbeiten ein längst vergessenes Wandgemälde aus der Nazizeit auf. Das gemalte Zeitzeugnis muss aus Denkmalschutzgründen vor Ort bleiben und macht Umplanungen erforderlich.

Mai

Dickes Ding: Ein Volumen von 2,4 Milliarden Euro hat der Doppelhaushalt 2023/2024, den der Gemeinderat mit großer Mehrheit und nach ausgiebigen Beratungen beschließt. Fast 550 Änderungsanträge hatten die Fraktionen eingebracht, etwa 90-mal mit Erfolg.

Ruhe, bitte! Die einen wollen feiern, die anderen schlafen. Um Konflikte mit Anwohnenden möglichst im Vorfeld zu entschärfen, schickt die Stadt Mediatoren los. Die Arbeit dieser „Nachteulen“ startet erfolgversprechend und wird als richtiger Ansatz honoriert.

Ruhe, jetzt! Sehr schnell zeigt sich aber, dass das Gewicht des Worts nicht immer ausreicht, wenn laute Musik aus tragbaren Lautsprechern wummert. Der Gemeinderat beschließt daher ein Verbot solcher Gerätschaften zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten.

Im geschützten Rahmen: Um Infektionsrisiken zu minimieren und Überdosierungen zu verhindern, halten Fachleute schon seit vielen Jahren einen Drogenkonsumraum für erforderlich. Endlich macht das Land den Weg dafür frei – und der Gemeinderat folgt ihm einstimmig.

Chillen und grillen: Wahrscheinlich ist die Begeisterung für die Speisenzubereitung über offenem Feuer tief in der DNA des Menschen verankert. Diesem Urbedürfnis trägt die Stadtverwaltung jetzt Rechnung und richtet im Seepark eine Grillzone ein. Weitere sollen folgen.

Juni

Bahn frei für die Zwei: Nach zweieinhalb Jahren Bauzeit nimmt die Stadtbahn in der Waldkircher Straße ihren Betrieb auf. Trotz Corona ist das Großprojekt im Zeit- und Kostenplan geblieben. Chapeau!

Welcome back: Genauso lange, wie in der Waldkircher Straße gebaut wurde, musste der Mundenhof ohne Erdmännchen

auskommen. Jetzt sind die Publikumsliebhaber zurück in einem neuen Zuhause. Schön, dass ihr wieder da seid! Anwohnerparken, die zweite: Aus heiterem Himmel kippt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Freiburger Satzung. Die soziale Staffelung sei unzulässig, und die Gebührensprünge für verschiedene Fahrzeuglängen verstoße gegen den allgemeinen Gleichheitssatz. Jetzt gilt statt 30 Euro pro Monat wieder 30 Euro im Jahr – Fortsetzung folgt...

Juli

Zusammen ist besser als allein: Stadt und Landkreis prüfen, ob sie beim Verwaltungsneubau nicht gemeinsame Sache machen könnten. Eine Machbarkeitsstudie sagt, dass das geht und Vorteile für beide hat.

Drehbuch für den Tuniberg: Eigenheiten bewahren und Gemeinsamkeiten entwickeln – das ist das Ziel der Rahmenplanung, die die Zukunft der vier Ortschaften im Freiburger Westen beschreibt. Der Gemeinderat findet das Konzept gelungen und wünscht eine schnelle Umsetzung.

Wohnen auf dem Brauereigelände: Die Stadtverwaltung und der Schweizer Investor Artemis haben sich auf die Rahmenbedingungen für die Bebauung des Ganter-Areals geeinigt. Insgesamt sollen 350 Wohnungen entstehen, 60 davon als geförderte Mietwohnungen.

Lust aufs Planschen: Dank der zugesagten Bundesförderung kommt das Freibecken im Westbad immer näher. Jetzt macht auch der Gemeinderat den Weg frei für die rund fünf Millionen Euro städtischen Eigenanteil.

Spatenstich fürs Rettungszentrum: Rund 35 Millionen Euro soll das neue, gemeinsame Zuhause für alle Hilfsorganisationen an der Hauptfeuerwache in der Eschholzstraße kosten. Ein trauriger Fakt bleibt beim Spatenstich nicht unerwähnt: Das Land steuert nur 655 000 Euro bei.

Mängel melden: Mit einem Online-Tool will die Stadt dazu beitragen, die „Stadt ein bisschen schöner zu machen“, so OB Horn. Die Rückmeldungen zeigen, dass das auch der Bürgerschaft am Herzen liegt.

August

Grünes Licht: Das Regierungspräsidium genehmigt den Doppelhaushalt 2023/2024 und bestätigt damit die Finanzplanungen des Rathauses. Risiken sieht die Aufsichtsbehörde aufgrund der gestiegenen Zinsen und der zunehmenden Gesamtverschuldung im Konzern Stadt.

Frischer Asphalt: Das Garten- und Tiefbauamt nutzt die verkehrsrärmere Ferienzeit, um Teile von Freiburgs Ost-West-Achse zu sanieren. Staus gibt es auf der B 31 aber natürlich trotzdem.

Schlafen in der Sporthalle: Die Unterbringung minderjähriger Geflüchteter stellt die Stadt vor enorme Herausforderungen. In der Max-Weber-Schule richtet sie jetzt eine Notschlafstelle ein.

September

Spektakuläre Sprengung: An der Holzschlägermatte machen die zwei alten Windräder Platz für ein neues, das allein doppelt so viel Strom produziert wie die beiden alten zusammen. Zahlreiche Schaulustige sind in sicherer Entfernung dabei, als der erste Turm in sich zusammensackt.

Unumgängliche Anpassung: Gestiegene Kosten haben bei den Bädern ein großes Loch in die Kasse gerissen. Damit das ein bisschen kleiner wird und das Angebot gleichzeitig attraktiv bleibt, beschließt der Gemeinderat mit großer Mehrheit eine Erhöhung der Eintrittspreise. Die Sozialtarife für Menschen mit geringem Einkommen bleiben unverändert.

Startsignal für Dietenbach: Die Planungen des neuen Stadtteils sind so weit fortgeschritten, dass der Gemeinderat grünes Licht für den ersten Bauabschnitt erteilt. Schon Ende des Jahres sollen erste Erschließungsarbeiten beginnen. Wer aktuell eine Wohnung sucht, weiß: Der Bau von zusätzlichem Wohnraum ist dringend notwendig.

Tierisch große Pläne: Der Mundenhof stellt mit einem Zehnjahresplan vor, wie und wohin er sich entwickeln will. Wenn es gelingt, das 20-Millionen-Euro-Projekt zu stemmen, wird der Tierpark mehr denn je die grüne Perle Freiburgs bleiben.

Oktober

Die Runde gedreht: Mit seiner Bürgergesprächsreihe „OB vor Ort“ tourt Martin Horn durch die Stadtteile und Ortschaften. Fünf Jahre nach dem Auftakt in Munzingen, und von Corona erheb-

lich aus dem Zeitplan gebracht, findet das Finale in Littenweiler statt.

Eine Million Sternengucker: Seit 2002 residiert das Planetarium im Weltraumbahnhof an der Bismarckallee. Vom Start weg waren die Besuchszahlen dort hervorragend, jetzt sind sie siebenstellig.

Ausgezeichnete Architektur: Dass eine Nachverdichtung auf Begeisterung stößt, ist eher selten. Mit dem Neubau am Rennwegdreieck gelingt der Stadtbau dieses Kunststück gleich mehrfach. Jüngster Neuzugang in der FSB-Trophäensammlung ist das „Wohngebäude des Jahres“.

Vorbildliches Quartier: Ohne zusätzlichen Flächenverbrauch hat die Freiburger Stadtbau auf dem Gelände der ehemaligen ECA-Siedlung in Haslach-Schildacker dreimal mehr Wohnraum und doppelt so viele Wohnungen gebaut – zum Teil aus Holz.

November

Die Milch macht's: Auf dem Molkereigelände geht die neue Energiezentrale der Badenova in Betrieb. Durch physikalisch erklärbares Zauberei entsteht aus 30 Grad warmer industrieller Abwärme 85 Grad heiße Fernwärme, die rund 3500 Menschen die Wohnung heizt.

Mehr Vollzug: Das Verwaltungsgericht urteilt, dass die Stadt in der Pflicht ist, nächstens für Ruhe zu sorgen. Das geht nur mit mehr Personal, drum soll der Vollzugsdienst von 11 auf 22 Stellen aufgestockt werden. Der Schwerpunkt liegt aber weiterhin bei Prävention und Mediation.

Historischer Grund: Seit April laufen die Arbeiten zur Umgestaltung des Colombiparks. Dabei kommen jahrhundertealte Überbleibsel ans Tageslicht. Das ist für den Denkmalschutz ein Fest – für den Umbau eher nicht: Er wird teurer und dauert länger.

Kurz vor knapp: Seit 100 Jahren gibt es das Augustinermuseum und aus diesem Grund eine Festwoche voller Highlights. Schade nur, dass die Sanierung noch nicht ganz fertig ist. Die ganz große Sause folgt also noch...

Buden statt Zelte: Letztlich fristgerecht kommt das Klimacamp der Aufforderung zur Räumung des Rathausplatzes nach. Damit ist der Weg frei für den Weihnachtsmarkt, der dieses Jahr zum 50. Mal stattfindet. Pünktlich zum Start erreichen auch die Temperaturen winterliche Gefilde.

Sport im Osten: Die Vereine im Freiburger Osten brauchen mehr Platz – und die Stadtverwaltung findet eine Lösung. Auf Tennisplätzen der Uni soll ein neues Multifunktionsfeld unterkommen. Der SC Freiburg beteiligt sich finanziell – und darf das Dreisamstadion langfristig mieten.

Dezember

Auch kaufen geht: Der Gemeinderat beschließt das Vermarktungskonzept für das Quartier Kleineschholz – und passt es den veränderten Realitäten an. Statt Erbbau ist auch Kauf möglich, mit Rückkaufrecht für die Stadt. Kein Vertun gibt es beim Anteil der geförderten Mietwohnungen: Die 50-Prozent-Quote bleibt. Kurz vor Weihnachten beginnen mit einem großen Spatenstich die Erschließungsarbeiten.

Anwohnerparken, die dritte: Als „unbürokratisch, rechtskonform und fair“ bezeichnet OB Horn die neue Regelung fürs Anwohnerparken. Pauschal sind jetzt 200 Euro pro Jahr fällig; Sozialtarife oder eine Staffelung nach Fahrzeuglängen gibt es vorerst nicht.

Flanieren am Dreisamboulevard: Eigentlich wenig überraschend zeigt eine Studie, dass nach dem Bau des Stadttunnels an der Oberfläche viel weniger Platz für Autos gebraucht wird. Auch wenn der Weg bis dahin noch weit ist: Die schöne Aussicht scheint jede Mühe wert.

Hinter den Gärten: Die lange Planungsvorgeschichte für das Neubaugebiet in Tiengen endet mit einem fast einstimmigen Satzungsbeschluss im Gemeinderat. 800 Menschen sollen hier schon bald in 350 Wohnungen leben. Es ist eines der größten Wohnbauprojekte in Freiburg.

Klingelengel: Passend zur Vorweihnachtszeit informiert die Verwaltung über die aktuelle Haushaltsentwicklung. 20 Millionen Euro mehr als veranschlagt sind es bei der Gewerbesteuer. Das klingt allerdings besser, als es ist. In Wirklichkeit hat die Stadt nicht mehr Geld, sondern nur weniger zu wenig, sagt Finanzbürgermeister Stefan Breiter.

Herzlich willkommen! 383 Menschen aus 64 Ländern haben in Freiburg im vergangenen Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Geboren wurden sie auf der ganzen Welt, von Albanien bis Togo – zu Hause sind sie jetzt in Freiburg.

Das war 2023

Antizyklisch zu handeln, könnte vielleicht als Motto für das Jahr 2023 gelten. Stadtverwaltung und Gemeinderat haben gemeinsam versucht, den weltweiten Krisen zu trotzen, die Augen vor dem Leid in vielen Teilen der Welt nicht zu verschließen und trotzdem kraftvoll und besonnen die bestehenden Herausforderungen anzugehen.

Mit der Frage des bezahlbaren Wohnens beschäftigt sich das Rathaus seit vielen Jahren. Während andernorts Bauprojekte in der Schublade verschwinden, zeigt die Freiburger Stadtbau im Quartier Schildacker, in der Elsässer Straße oder im Uffhauser Karree, dass Mietwohnungsbau weiterhin möglich ist, wenn der politische Wille da ist.

Turbulenzen hat ein Gerichtsurteil ausgelöst, das die im Vorjahr beschlossene Satzung zum Anwohnerparken für unwirksam erklärte. Bundesweit mussten Städte ihre Regelungen überarbeiten – auch Freiburg. Statt einer sozial und nach Fahrzeuglängen gestaffelten Gebühr gilt jetzt ein Pauschaltarif von 200 Euro.

Sehr groß war das Medienecho auch nach der vor einem Jahr vom Gemeinderat beschlossenen Einführung von vegetarischem Schulesse. Mindestens der Untergang des Abendlandes sei wohl zu erwarten. In Freiburg war davon allerdings wenig zu spüren, als es zum neuen Schuljahr dann so weit war. Vielleicht ist fleischfreie Ernährung doch nicht lebensgefährlich?

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Kitt der Gesellschaft und oft ziemlich wirkungsvoll. Als Anfang des Jahres die traditionsreichen Kinos im Friedrichsbau vor dem Aus standen, wollten das Zehntausende nicht wahrhaben. Ihre Petition hatte – mit Unterstützung der Stadtspitze – Erfolg.

Leider gibt es auch Geschichten, in denen das Wort „Erfolg“ nicht so leicht unterzubringen ist. In der Ukraine gilt das im zweiten Kriegsjahr unverändert. Und doch gibt es Zeichen der Hoffnung: Die Hilfsbereitschaft der Freiburger Bürgerschaft ist weiter enorm. Und die intensiven Kontakte zeigen, welches Potenzial in Städtepartnerschaften steckt.

Auch beim Thema Klimaschutz zeigt das abgelaufene Jahr, welches Potenzial sich bietet und wie man es gezielt erschließen kann. Sei es mit der neuen Energiezentrale in Haslach, dem im Bau befindlichen größeren Windrad am Schauinsland oder der vom Gemeinderat gestarteten Solar- und Windkraftoffensive: Da geht noch viel mehr!

Toll ist wahrscheinlich die passendste Vokabel, wenn man das Sport- und Kulturjahr rückblickend betrachtet. Der Sportclub in Europa, die Affenbande in der Volleyball-Bundesliga und Peter Fox auf dem Münsterplatz waren Highlights in einem Jahr, das in den Museen, auf den Theaterbühnen und den Konzertsälen unzählige unvergessliche Momente bereithielt.

Traditionell steht an dieser Stelle noch einmal das auslaufende Jahr 2023 im Mittelpunkt. Wie immer fasst das AMTS-BLATT die wichtigsten Ereignisse der letzten zwölf Monate in seiner letzten Ausgabe des Jahres auf dieser Doppelseite zusammen und präsentiert in der Bilderleiste unten unsere „Köpfe“ des Jahres.

Peter Kleefass hat sich im Gemeinderat als Bildungsexperte einen Namen gemacht. Im Februar stirbt der CDU-Politiker ganz plötzlich – und hinterlässt eine Lücke im Rat.

„Narri, Narro“ schallt es durch Freiburgs Gassen. Nach zwei Jahren Coronapause kehren die Narren in die Stadt zurück. Der Anblick erfreut selbst Fasnets-Muffel.

Heinz Jäger ist Orgelfachmann – und Geisterjäger. Nach langer Suche enttarnt er den Orgelgeist im Augustinermuseum: Es war nur ein schnöder Elektronikdefekt.

Jutta Götzmann ist die neue Leitende Direktorin der Städtischen Museen und Leiterin des Augustinermuseums. Dort ist nach über 20 Jahren das Ende der Sanierung absehbar.

Elisabeth Willnat hat fast 19 Jahre die Stadtbibliothek geleitet. Das gedruckte Buch liegt ihr am Herzen – auch im Ruhestand: Ihre private Bibliothek umfasst rund 6000 Bücher.

Helmut Thoma hat die Stadtpolitik fast drei Jahrzehnte maßgeblich beeinflusst. Im April stirbt der 72-jährige Grünen-Stadtrat nach langer Krankheit. Die Trauer im Gremium ist groß.

Martin Haag hat künftig bei allen Themen des Bauens und Wohnens den Helm auf. Das Bild beweist: Der erfahrene Bürgermeister ist wie geschaffen für diesen Aufgabenzuwachs.

Günter Burger war 45 Jahre im Rathaus und viele Jahre für Freiburgs Städtepartnerschaften zuständig. Aus dieser Zeit nimmt er unendlich viele Anekdoten mit in den Ruhestand.

Meike Jäger war in Frankfurt für Hessens größte Kinder- und Jugendbibliothek zuständig. Seit Juli ist sie Chefin der Freiburger Stadtbibliothek am Münsterplatz.

Georg Willi ist als Innsbrucks Bürgermeister immer ein gern gesehener Gast in Freiburg. In diesem Jahr besonders: Beide Städte feiern das 60-jährige Bestehen der Partnerschaft.

Sigrun Löwisch ist eine politische Tausendsassa. Mehr als 50 Jahre war die frühere Bundestagsabgeordnete im Lehener Ortschaftsrat, fast 20 Jahre als Vorsitzende. Jetzt tritt sie kürzer.

Anke Wiedemann steht stellvertretend für viele Wechsel im Gemeinderat. Für das Rathaus ist ihr Ausscheiden ein Gewinn: Sie übernimmt die „Teamleitung Internationales“.

Andreas Jobst leitet das Stadtarchiv – und packt Kisten. Nach über 60 Jahren im „Haus zum Herzog“ zieht das Gedächtnis der Stadt in sein neues Domizil an der Messe.

Dagmar Stocker hat 18 Jahre lang den Sitzungsbetrieb des Gemeinderats organisiert. Ihr Wissensschatz ist so groß, dass er das neue Stadtarchiv fast im Alleingang füllen würde.

Die Absinthtrinkerin von Elfriede Lohse-Wächter löst Unbehagen aus – ist aber wie die ganze „Köpfe“-Ausstellung im Museum für Neue Kunst unbedingt sehenswert.

Günter Hammer hat als Ortsvorsteher Hochdorfs viel zu feiern: Seit 1250 Jahren gibt es den Ort, seit 50 Jahren gehört er zu Freiburg – genau wie Tiengen und Munzingen.

Ein Willkommen für neue Bürger

Einbürgerungsfeier und Verleihung des Integrationspreises

Aus 64 verschiedenen Ländern kommen die 383 Bürgerinnen und Bürger, die in den vergangenen zwölf Monaten in Freiburg als Deutsche eingebürgert worden sind. Sie alle wurden bei der Einbürgerungsfeier von Oberbürgermeister Martin Horn und Erstem Bürgermeister Ulrich von Kirchbach herzlich begrüßt.

Die Migrantinnen und Migranten, die nun deutsche Staatsangehörige sind, kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern. Auf Platz eins liegt in diesem Jahr Syrien mit 83 Einbürgerungen, auf Platz zwei Rumänien mit 29, dahinter der Irak mit 28 und die Ukraine mit 24 Einbürgerungen. Auf der Liste stehen aber auch die Philippinen und Kuba, die nur selten Herkunftsländer von Eingebürgerten in Freiburg sind.

Gemeinsam gestalten

„Ich freue mich sehr, dass sich so viele Menschen, die in Freiburg leben, für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden haben“, begrüßte OB Horn die frisch Eingebürgerten im Kaisersaal des Historischen Kaufhauses. „Sie alle tragen dazu bei, Freiburg zu einer weltoffenen und vielfältigen Stadt zu machen. Schön, dass wir nun gemeinsam die Gegenwart und Zukunft unserer Stadt gestalten können.“

Die erste Einbürgerungsfeier fand in Freiburg vor 16 Jahren statt. 2007 hatte das Rathaus eine Anregung der Innenministerkonferenz und des baden-württembergischen Städtetags aufgegriffen, dem Akt der Einbürgerung einen würdigen Rahmen zu geben.

Integrationspreis

Im Rahmen der Feier überreichten Horn und von Kirchbach auch den „Freiburger Integrationspreis 2023 – Für eine offene Stadt“. Der Preis wurde bereits zum 12. Mal verliehen. Dieses Jahr standen 20 Vereine und Initiativen, fünf Einzelpersonen und drei Schulen auf der Liste, aus der eine Jury drei Preisträger auswählte.

Ulrich von Kirchbach zeigte sich von der „Vielfalt des Engagements aus der Bürgerschaft“ sehr beeindruckt: „Allen, die sich ehrenamtlich, nachbarschaftlich oder auch beruflich jeden Tag für Integration einsetzen, möchte ich herzlich danken. Sie zeigen, wie mit Offenheit, Respekt und gegenseitiger Wertschätzung das Zusammenleben gelingen kann.“

Refugee Law Clinic

Den mit 2000 Euro dotierten ersten Preis bekam die Refugee Law Clinic: ein Verein, in dem sich Juristinnen und Juristen sowie Jurastudierende zusammengeschlossen haben, um geflüchtete Menschen in rechtlichen und administrativen Fragen kostenlos zu beraten. Weiteres Ziel des Vereins ist es, Studierenden der Rechtswissenschaften das Migrationsrecht zu vermitteln, um dem Mangel an Fachpersonal in diesem Bereich entgegenzuwirken.

Kidayo und Con Anima

Über jeweils 1500 Euro Preisgeld freuten sich der Verein Kidayo und das Orchester Con Anima, die beide mit dem zweiten Platz ausgezeichnet wurden. Kidayo fördert die gesellschaftliche Teilhabe afrodeutscher Kinder, setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein und macht sich gegen Ausgrenzung und Benachteiligung stark. Durch Bildungsarbeit trägt er dazu bei, dass Rassismus, Diskriminierung und Vorurteile abgebaut werden. Das interkulturelle Orchester Con Anima bringt derzeit circa 30 aktive Musikerinnen und Musiker zusammen, die völlig unterschiedlich sind und zum Teil auch Fluchthintergrund haben. Das Repertoire ist ebenso bunt wie die Menschen: Einfache Arrangements klassischer Orchesterliteratur finden genauso Einzug wie Popsongs, Filmmusik und Volkslieder aus verschiedenen Ländern. Ziel des Orchesters ist es, kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen.

Ausländerbehörde stellt sich neu auf

Ziel: Abläufe und Service besser machen

Die Ausländerbehörde im Amt für Migration und Integration ist die erste Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten in Freiburg. Wie viele Ausländerbehörden in Deutschland stößt sie aufgrund der hohen Arbeitsbelastung seit längerer Zeit an ihre Grenzen. Um die Situation für Mitarbeitende sowie für Antragstellerinnen und Antragsteller zu verbessern, plant die Verwaltung, die Behörde ab Januar 2024 neu zu gliedern.

Die Gründe für die Überlastung der Ausländerbehörden in Freiburg und in vielen anderen deutschen Städten sind vielfältig. Die Gesetzesgrundlagen für die Bearbeitung von Fällen ändern sich in teilweise sehr kurzen Abständen. Dadurch wird auch die Fallbearbeitung immer anspruchsvoller. Zur Bundesgesetzgebung kommen zudem komplexe Vorgaben des Landes Baden-Württemberg, welche die Kommunen in die Praxis umsetzen müssen.

Durch Kriege und Krisen hat sich darüber hinaus der Kreis der Antragsberechtigten erweitert, was insgesamt zu einem deutlich höheren Arbeitsaufkommen führt. Dem gegenüber steht die angespannte Personalsituation und der Fachkräftemangel. Offene Stellen in der Stadtverwaltung zu besetzen, wird immer schwieriger. Um dieser Negativspirale entgegen zu wirken, hat die Stadtverwaltung ein externes Beratungsbüro ins Boot geholt. Das hat sämtliche Arbeitsabläufe auf den Prüfstand gestellt und Vorschläge zur Verbesserung gemacht.

Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach erklärt das Vorgehen und die Rahmenbedingungen: „Wir wollen einen verlässlichen Service bieten, und ich bin zuversichtlich, dass uns das mit der Neuordnung der Behörde im nächsten Jahr immer besser gelingen wird. Dennoch bleibt es natürlich ein Spagat zwischen den engen rechtlichen Vorgaben und der wachsenden Zahl an Anträgen. Wir als Kommune tun, was in unserer Macht steht, um die Situation zu verbessern. Aber der Spielraum ist begrenzt, deswegen ist es an Bund und Land, das Ausländerrecht und die Abläufe in den Ausländerbehörden zu verschlanken.“

Zentraler Bestandteil ist die neue Clearingstelle. Damit jedes Anliegen mit den vollständigen Antragsunterlagen direkt an der richtigen Stelle landet, findet der Kundenkontakt in Zukunft ausschließlich dort statt. Neben der Neuordnung hat die Verwaltung eine Rekrutierungsoffensive gestartet, um offene Stellen zu besetzen – bereits mit Erfolg: Dank der städtischen, multimedialen Werbekampagne „Großes Herz – dickes Fell“ ist es entgegen des Trends gelungen, 14 offene Stellen zu besetzen.

Parkhaus mit Taubenschlag

Mehr Sauberkeit bei der Schwabentorgarage

Gut für die Tiere, gut für das Umfeld: Taubenhäuser sind bewährte Mittel im Kampf gegen Taubenkot und für die Tiergesundheit. Jetzt gibt es einen weiteren Taubenschlag in der Schwabentorgarage.

Neben Autos haben im obersten Geschoss der Schwabentorgarage jetzt auch die gefiederten Friedensboten einen Platz. Weil Tauben leider nicht nur Olivenzweige bringen, sondern auch sehr viel Dreck machen, hat die Freiburger Stadtbau bei ihrem Parkhaus ein bereits andernorts bewährtes Konzept umgesetzt.

Partner ist die Freiburger Abfallwirtschaft, die das Taubenhaus betreut. Hier werden die Tiere mit speziellem Futter und auch mit Wasser versorgt, außerdem werden die Eier der brütenden Tiere durch Gipsattrappen ersetzt, um die Population zu regulieren. Der Platz reicht für rund 120 Tiere – sie werden nach den positiven Erfahrungen des Pilotprojekts in Weingarten ihren Nistplatz nur noch selten verlassen und damit das Parkhaus selbst sowie die unmittelbare Umgebung nur noch sehr wenig verunreinigen.

Matthias Müller, der kaufmännische Geschäftsführer des Stadtbau-Verbunds, ist von der Lösung überzeugt. „Das Taubenhaus ist eine sehr sinnvolle Investition. Nicht nur für die Tiere und das Parkhaus – das ganze Quartier wird davon profitieren.“

Besser kleiner wohnen

Infoabend zur Wohnraumverkleinerung

Die Kinder sind ausgezogen – das Haus ist viel zu groß geworden. Wie man sich optimal auf das Wohnen in dieser Lebensphase vorbereitet und dabei auch noch Energie einsparen und neuen Wohnraum schaffen kann, ist Thema einer Infoveranstaltung am 17. Januar.

Eine Verkleinerung hat sozial und ökologisch viele positive Auswirkungen: Dem Wohnraummangel wird entgegengewirkt, Neubau wird vermieden, und durch den geringeren Strom- und Raumwärmebedarf sinken die CO₂-Emissionen. Bei der Veranstaltung stellen das Seniorenbüro und der Verein „DNA – Die Neuen Alten“ das breite Unterstützungsangebot zum Wohnen im Alter in Freiburg vor – von der städtischen Beratungsstelle bis zu Nachbarschaftsnetzwerken in den Stadtteilen. Auch Inspirationen für Umbaumöglichkeiten im Alter, die auch dem Klima nutzen, kommen zur Sprache.

Die Kampagne „Kleiner wohnen – besser wohnen“ der Energieagentur Regio Freiburg zeigt die Vorteile einer Wohnraumverkleinerung und vermittelt eine kostenlose individuelle architektonische Fachberatung. Dabei gibt es konkrete Inspirationen und Tipps für altersgerechte Umbaumöglichkeiten und Verkleinerungen. Die Lösungen sind vielseitig: von der Nutzung vorhandener Einliegerwohnungen über Dachgeschossausbauten und die Untervermietung von Zimmern bis hin zur Erschließung abgetrennter Wohnetagen über Außentreppen. Aber auch die weiteren Vorteile wie zusätzliche Mieteinnahmen oder eine barrierefreie Sanierung sind vielen nicht bewusst.

Das Projekt wird durch den städtischen „Zukunftsfonds Klimaschutz“ gefördert: Bis Ende 2025 können 250 Haushalte eine kostenfreie individuelle Beratung erhalten. In den vergangenen Jahren haben von dieser Möglichkeit bereits über 130 Haushalte profitiert.

„Altersgerecht, barrierefrei und klimafreundlich wohnen“ Mi, 17.1., 16–18 Uhr, im „Pavillon für Alle“, Lehener Str. 77P (neben der Agentur für Arbeit).

Infos und Anmeldung unter: www.energieagentur-regio-freiburg.eu/altersgerecht-barrierefrei-und-klimafreundlich-wohnen, Louis Maier, louis.maier@earf.de, Tel. 0761 79177-237

Das Boxenverbot bleibt

Verwaltungsgerichtshof bestätigt Freiburger Parkanlagenatzung

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg hat die im Mai vom Gemeinderat beschlossene Parkanlagenatzung bestätigt. Das Gericht wies einen Antrag auf vorläufige Außervollzugsetzung zurück. Der Beschluss des VGH ist unanfechtbar.

„Wir sind froh über die Entscheidung“, sagte OB Martin Horn. „Unser Anliegen war es, die unterschiedlichen Interessen in einen Ausgleich zu bringen. Musikhören und Musikmachen sind in den Parks natürlich weiter möglich – in der Nacht ab 23 Uhr sollen aber auch die Menschen geschützt werden, die Ruhe suchen.“ Sabine Recker, Leiterin des Rechtsamts, fügt hinzu: „Wir begrüßen es, dass der VGH die Rechtmäßigkeit der städtischen Satzung bestätigt hat. Insbesondere hat das Gericht keinen Grundrechtseingriff gesehen, sondern auch die Interessen der Anwohnenden anerkannt.“ Die Satzung regelt unter anderem, dass in öffentlichen Park-, Spiel-, und Sportanlagen von 23 bis 6 Uhr keine Musikboxen oder -instrumente abgespielt werden dürfen. Ziel der Satzung ist es, die unterschiedlichen Freizeit- und Erholungsinteressen zu einem angemessenen Ausgleich zu bringen. Die Regelung gilt in sechs Freiburger Parks: im Seepark, Dietenbachpark und Colombipark sowie im Stadtgarten, der Grünanlage am Moosweiher in Landwasser und im Park am Sandfangweg.

Broschüre zu Minijobs

Neue Veröffentlichung der Kontaktstelle Frau und Beruf

Die neue Broschüre „Der Minijob – Da ist mehr für Sie drin!“ will Frauen ermutigen, ihre Rechte als Minijobberinnen wahrzunehmen. Sie informiert über Rechte, Ansprüche und Beratungsmöglichkeiten. In Deutschland arbeiten rund 7,5 Millionen Menschen in einem Minijob, zwei Drittel davon sind Frauen.

Auf den ersten Blick sind Minijobs eine gute Möglichkeit, um Beruf und Familienarbeit besser vereinbaren und die Haushaltskasse aufzubessern zu können. Aber oft erhalten Minijobberinnen nicht das, was ihnen zusteht. Die neue Broschüre informiert sie deshalb über ihre Rechte.

Sie thematisiert aber auch die Nachteile dieser Beschäftigungsform und rät, eine existenzsichernde Tätigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Deshalb nennt sie auch Anlaufstellen, die beim Umstieg oder (Wieder-)Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unterstützen.

Herausgeberinnen der Broschüre sind die Kontaktstelle Frau und Beruf Freiburg-Südlicher Oberrhein und die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Städte Freiburg und Emmendingen sowie der Landkreise Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald.

Die Broschüre gibt es kostenlos an der Bürgerinfo im Innenstadtrathaus, Rathaus platz 2–4. Download (auch in leichter Sprache): www.frauundberuf-bw.de/freiburg (Unsere Flyer und Broschüren)

Kurz gemeldet

Neue Bahnen ohne Bargeld

Kurz vor Weihnachten ist die erste von acht neuen Straßenbahnen des Typs „Urbos 100“ bei der Freiburger Verkehrs AG (VAG) in den Linienverkehr gegangen. Mit an Bord ist der erste Fahrscheinautomat, bei dem man ausschließlich bargeldlos zahlen kann. Auch in den sieben folgenden neuen Fahrzeugen, die bis Frühjahr 2024 in den Dienst gehen, wird sich jeweils eines der neuen Geräte befinden. Die neuen Automaten akzeptieren alle gängigen Karten (sowohl mit Magnetstreifen als auch kontaktlos). Auch die Bezahlung über Google Pay und Apple Pay – also per Handy – ist möglich. Bei der VAG erhofft man sich eine geringere Störanfälligkeit sowie geringere Kosten für das Handling des Bargelds. Für Freunde des Bargelds gibt es aber eine Alternative: In jeder dieser Bahnen gibt es auch noch je einen herkömmlichen Automaten, der auch Münzen und Scheine akzeptiert.

VAG ändert Haltestellennamen

Mit dem Fahrplanwechsel hat die Freiburger Verkehrs AG (VAG) im Busnetz zwei Haltestellen neu benannt. Entlang der Linie 14 gab es bisher zwei nahe beieinander gelegene Haltestellen namens „Ferdinand-Weiß-Straße“. Jene in der gleichnamigen Straße heißt jetzt „Rabenstraße“. Die andere behält ihren bisherigen Namen. Ähnlich verhält es sich mit der Haltestelle „Stübeweg“ im Industriegebiet Nord. Die in der Hans-Bunte-Straße gelegene behält diesen Namen, die benachbarte heißt jetzt wie die Straße, in der sie liegt: „Robert-Bunsen-Straße“.

Neue E-Ladepunkte im Zentrum

In der Schlossberggarage und der Konzerthausgarage gibt es jetzt jeweils vier neue Ladestationen. Die Wallboxen haben eine Leistungsfähigkeit von elf bis 22 Kilowatt, sodass jedes E-Auto dort aufgeladen werden kann. Mit den neuen Ladestationen verfügen nun fünf der neun Parkgaragen der Freiburger Kommunalbauten über insgesamt 20 Ladepunkte. Im Zuge der Sanierung der Bahnhofsgarage werden Ende 2024 weitere sechs Ladepunkte dazukommen.

Deutschlandtickets bald auf Chipkarte

Der RVF gibt im kommenden Jahr alle Deutschlandtickets – inklusive des D-Tickets Job sowie JugendBW – als Chipkarte aus. Diese „Mobilitätskarte“ kann in ganz Deutschland ausgelesen werden. Bis Ende März sollen alle Abonentinnen und Abonnenten eine solche Chipkarte erhalten haben. Wer ein Abo der Regiokarte hat, erhält weiterhin Monatsabschnitte auf Papier.

Zuletzt waren viele Fahrgäste von der Regiokarte auf das Deutschlandticket umgestiegen. Zudem ist die Anzahl der erwachsenen Abonentinnen und Abonnenten im RVF seit der Einführung des D-Tickets um 70 Prozent gestiegen.

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de